

Monatsspiegel



Dezember 2003
Januar 2004

Erlangen

Bochum 2003 --Signale eines Parteitags

von Hans-Jürgen Kaiser

Ein Parteitag, der mit Erwartungen überfrachtet wird, muss bei seinen Ergebnissen zwangsläufig etwas zurückbleiben. Zumindest die Presse hatte sich mehr erwartet. Trotzdem: Die SPD ist einen entscheidenden Schritt weiter. Gerhard Schröder hat endlich seine, zumindest von der Presse sehnlichst erwartete "Vision" entwickelt, wie er sich ein Deutschland im Jahre 2010 vorstellt: "Deutschland 2010", dass muss ein Land für Familien sein. Ein Land, in dem Ältere und Jüngere füreinander da sind. In dem Frauen Familie und Beruf verbinden können. Ein Deutschland, das Arbeit für alle hat. Anspruchsvolle Arbeit, die sozial abgesichert ist. Dieses Deutschland darf nicht von denen beherrscht werden, die das große Kapital kontrollieren. Sondern Deutschland weiß, dass sein größtes Kapital die Menschen

sind." Wer würde dem nicht zustimmen wollen?

Es fehlt uns nicht an Visionen, sondern es geht um das Wie. Der Weg ist in diesem Fall das Ziel. Einen wichtigen Schritt bei der Weichenstellung hat die SPD auf diesem Parteitag getan.

Kurz zu den Wahlen: Dass Olaf Scholz nur knapp wieder zum Generalsekretär gewählt wurde, erstaunt nicht wirklich. Wer den Begriff des Demokratischen Sozialismus schlecht zu reden versucht unter zu Hilfenahme der Formel der sozialen Gerechtigkeit, darf sich nicht wundern, wenn er dabei Reaktionen auslöst.

Die Abwahl von Sigrid Skarpelis Sperk aus dem Bundesvorstand hat sicher nichts mit mangelnder Kompetenz zu tun. Sie hat in internationalen Verhandlungen ihre Befähigung unter

Beweis gestellt. Die Quittung hierfür (erstaunlicherweise auch von der Linken) hat sie sich wohl eher für die Art ihrer Auftritte eingehandelt.

Wolfgang Clement wurde mit 56 % abgestraft. Etliche Delegierte waren der Ansicht, er hätte sein Ressort wohl zu sehr verinnerlicht. Seine Formel auf dem Parteitag (allzu) oft wiederholt lautete: Wachstum! Wachstum bringt Arbeitsplätze und löst über die Mehreinzahler in Kassen und Sozialversicherungen deren Beitragsprobleme. Alles was Wachstum verhindert, ist unbedingt zu vermeiden, so sein Credo. Letztlich war der Parteitag wieder ein Ringen um den Weg zu Wachstum.

Vor der Halle demonstrierten laut Presseberichten etwa 6000 Beamte (nach meinen Beobachtungen waren es deutlich weniger) vorwiegend Polizisten. In Hessen dagegen sollen über

Dezember

| | | | | |
|-----------|--------------|-----------------------------------|--|------------|
| 3 | 20.00 | Kulisse | AsF: Gesundheitsreform | S. 11 |
| 9 | 20.00 | Gaststätte FSV | Distrikt Bruck: Bundesparteitag | S.6 |
| 9 | 20.00 | Schlossgaststätte | Distrikt Tennenlohe: Parteireform | S.9 |
| 11 | 20.00 | Waldschänke, Lange Zeile | Distrikt Ost | S. 8 |
| 15 | 19.00 | Gaststätte Schäfer | Distrikt Frauenaarach: Karpfenessen | S.7 |
| 16 | 15.00 | Dreyzedern | 60Plus: Weihnachtsfeier | S. 12 |
| 16 | 20.00 | Angerwirt | Distrikt Anger: Jahresrückblick | S.6 |
| 16 | 20.00 | Schützenheim | Distrikt Eltersdorf | S.6 |
| 16 | 20.00 | Kulisse | Distrikt Innenstadt: Parteireform | S. 8 |
| 16 | 20.00 | Biergarten Röthelheim | Distrikt Süd: Weihnachtsfeier | S.9 |
| 16 | 19.00 | Gaststätte Drei Linden | Distrikt West: Karpfenessen | S. 10 |
| 17 | 20.00 | August-Bebel-Haus | AK Wirtschaft | S. 12 |
| 18 | 20.00 | Hotel Bayr. Hof, Schuhstr. | Ehrungs- Kreismitgliederversammlung | S.4 |
| 19 | 19.00 | Frauzentrum | AsF: Weihnachtsfeier | S. 11 |

Januar

| | | | | |
|-----------|--------------|------------------------|--|------------|
| 7 | 20.00 | August-Bebel-Haus | AsF: Jahreshauptversammlung | S.11 |
| 12 | 20.00 | Deutsches Haus? | Kreisvorstandssitzung | S. 5 |
| 13 | 17.00 | August-Bebel-Haus | 60Plus: Wahlen | S. 12 |
| 13 | 20.00 | Angerwirt | Distrikt Anger: Jahresplanung | S.6 |
| 13 | 20.00 | Schlossgaststätte | Distrikt Tennenlohe: Globalisierung | S.9 |
| 13 | 20.00 | | Distrikt West: Soziale Situation in Büchenbach | S. 10 |
| 14 | 20.00 | Mohrenkopf, Schiffstr. | PG Wirtschaft/Sozialpolitik | S. 12 |
| 20 | 20.00 | Schützenheim | Distrikt Eltersdorf | S.6 |
| 20 | 20.00 | AWO-Raum Gaisbühlstr. | Distrikt Frauenaarach | S. 7 |
| 21 | 20.00 | Biergarten Röthelheim | Distrikt Süd: Jahresplanung | S. 9 |
| 21 | 19.00 | Mohrenkopf, Schiffstr. | AK Gesundheit | S. 12 |
| 22 | 20.00 | Turnerbund | Kreismitgliederversammlung | S.3 |

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe Februar 2004
20. 1. 2004**

Wer Interesse an Online-Dokumentation (pdf-file) des Monatsspiegels hat,
der schaut am besten ins Ineternet unter www.spd-erlangen.de

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen
Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter
Baumschulenweg 11,
91058 Erlangen
Tel.:09131303090
e-mail:monatsspiegel@spd-
erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gruner Druck

Auflage: 800

40.000 gegen die Reformen von Roland Koch auf die Straße gegangen sein. Die Menschen fangen an zu vergleichen: Welche Umsetzungsmöglichkeiten kommen in der SPD zum Zuge, welche Möglichkeiten bietet die CDU/CSU. Schmerzfrei ist keine der Alternativen.

Seit die Opposition aber gezwungen ist, eigene Alternativen vorzustellen dämmert es manchem in der Bevölkerung, dass die sozial ausgewogenere Komposition diejenige mit der sozialdemokratischen Handschrift ist. Das ist gut so. Die SPD hat sich aufgemacht. Sie ist auf dem Weg. Ob die Erwartungen in der Praxis so eintreffen, kann nur die Zukunft zeigen. Sicher ist: Wenn sich herausstellen sollte, dass dieser Weg die sozial Schwächeren unangemessen benachteiligt, wird diese Partei sich nicht scheuen, Korrekturen zu verlangen. In diesem Sinne sollten wir froh sein, dass gerade unsere Partei sich dieser schwierigen Aufgabe stellen muss.

Ein paar wichtige Beschlüsse:

- Der Parteitag legte ein klares Bekenntnis dazu ab, das bewährte Instrument der Tarifautonomie zu erhalten. "Die SPD wendet sich gegen alle Versuche, das deutsche Tarifvertragssystem auszuhöhlen und das Fundament der Tarifautonomie zu zerstören. Die Sozialdemokratie ist der politische Garant für den Erhalt der Tarifautonomie als bewährtem Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft."
- Der Parteitag sprach sich klar für eine Bürgerversicherung im Gesundheitswesen aus. Durch die Anpassung der Beitragsbemessungsgrenzen ist sicherzustellen, dass die Einbeziehung von Mieten und Zinsen die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen nicht belastet.
- Bei der Mittelstandsförderung soll vor allem der Zugang zu Fremdfinanzierung erleichtert werden, um den Betreibern höhere Eigenkapitalquoten zu ermöglichen. (Verschmelzung der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Ausgleichsbank zu einem starken öffentlich-rechtlichen Kreditinstitut, dessen Herzstück eine Mittel-

standsbank bildet. Vernetzung von Betreuungs- und Bildungsangeboten.

- Im Bereich der Bildung wird eine erhebliche Ausweitung des Ganztagsangebots angestrebt (ergänzendes Vier-Milliarden Programm des Bundes). Ziel ist es, dass Deutschland in den nächsten 10 Jahren wieder zu den führenden Bildungsnationen gehört. Ganztagsangebote an allen Schulformen und in zumutbarer Entfernung vom Elternhaus für alle Kinder können unter pädagogischen, didaktischen und lernorganisatorischen Aspekten erheblich zu notwendigen Verbesserungen der schulischen Bildung, zur Vermeidung von Benachteiligungen und zur Förderung aller Begabungen beitragen. Dazu gehört auch die Vernetzung von Betreuungs- und Bildungsangeboten, die Erhöhung der Studierfähigen und -willigen auf mindestens 40 % eines Jahrgangs.

- Finanzpolitisches Ziel ist die schrittweise Reduzierung der Abgabenlast bei gleichzeitiger Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Arbeitsplatzreserven müssen vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen erschlossen werden, bei den Dienstleistungen, bei Existenzgründern und Handwerkern und in privaten Haushalten.

- Die konsequente Besteuerung von Kapitalerträgen war für die Delegierten ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Die für 2005 geplante Abgeltungssteuer sollte sich an den Steuersätzen der wichtigsten Nachbarländer orientieren und durch verbesserte Überprüfungsmöglichkeiten dafür sorgen, dass es nicht nur bei der Zinsbesteuerung, sondern auch bei anderen Steuern zu einem gerechteren Steuervollzug kommt. Dabei sollen Spielräume für kleine und mittlere Einkommen

erhalten bleiben und negative Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung möglichst vermieden werden..

- Besteuerung von privaten Veräußerungsgewinnen bei Immobilien, Wertpapieren und Kapitaleinkommen. Steuerpflichtige sollen mit ihrem gesamten Einkommen an der Finanzierung der Staatsaufgaben beteiligt werden.



Hans-Jürgen Kaiser berichtet der KMV

| In diesem Monat | |
|-----------------------------------|----|
| Kreismitgliederversammlung | 4 |
| Jubilare | 5 |
| Aus den Distrikten | 6 |
| Aus den Arbeitsgemeinschaften | 11 |
| Aus den Arbeitskreisen | 12 |
| Geburtstage | 13 |
| Leserbriefe | 14 |
| Aus dem Stadtrat | 18 |
| Aktuelles | 19 |
| Wohnen und Arbeiten im Baudenkmal | 20 |

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,.

Es ist zu einer guten Tradition geworden, dass die letzte Mitgliederversammlung eines Jahres unseren Jubilarinnen und Jubilaren gehört.

Wir wollen unseren Genossinnen und Genossen im feierlichen Rahmen für ihre langjährige Mitgliedschaft danken.

Wir laden Euch herzlich ein zur Ehrungs-Kreismitgliederversammlung

am

**Donnerstag, 18. Dezember 2003, 20.00
Uhr
Hotel Bayerischer Hof , Schuhstraße Keller-
gewölbe**

Außerdem laden wir Euch herzlich ein zu unserer Mitgliederversammlung im Januar 2004.

**Donnerstag, 22. Januar 2004
20.00 Uhr, Turnerbund, Spardorfer Str. 68**

Wir möchten die aktuelle Diskussion um Kürzungen an bayerischen Hochschulen aufgreifen und im Rahmen einer öffentlichen Versammlung diskutieren.

Als Tagesordnung schlagen wir vor.

1. Thema

Bildungsinvestitionen statt Spardiktat

Zur Zukunft der Hochschulen in Bayern

Wolfgang Vogel, hochschulpol. Sprecher der SPD-Landtagsfraktion diskutiert mit Expertinnen und Experten aus dem Bereich der Hochschulen

2. Berichte

3. Anträge

4. Verschiedenes

Wir würden uns freuen, euch persönlich begrüßen zu dürfen.

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Jubilare 2003

10 Jahre

Peter Weierich
Günther Krahl
Werner Roth

25 Jahre

Gerlinde Feulner
Wolfgang Feulner
Klaus Brunner
Barbara Pfister
Alfons Winter
Chitta Ranjan Saha
Hans Dieter Blencke
Wolfgang Fohmann
Elke Lindner
Adolf Christian Eckart

40 Jahre

Wolfgang Blum
Günter Kaspar
Ruth Maly
Gerd Peters
Martin Stickroth
Johann Zenkel

50 Jahre

Walter Frank
Franz Kopp

75 Jahre

Reta Grohs



Andreas Martin - Verein Jugend - Arbeit - Zukunft - stellt seine Arbeit auf der KMV vom 20.11.03 vor

- Keine Diskriminierung Älterer auf dem Arbeitsmarkt. Die Potentiale des Alters müssen erkannt und genutzt werden. Die ältere Generation gehört wie Eltern und Kinder zur Familie.
- Die Forderung nach einer Ausbildungsplatzabgabe wurde bekräftigt. Sie soll in Form eines Fonds auf Bundesebene geschehen. Die Erhebung der Umlage wird an ein gesetzlich festgelegtes Auslösekriterium gekoppelt. Dieses Auslösekriterium nimmt in geeigneter Weise auf die Ausbildungssituation am 30.9. jeden Jahres Bezug und bestimmt zur Gewährleistung eines auswahlfähigen Angebots einen Mindestüberhang an Ausbildungsplätzen.
- Das derzeit häufigste Arbeitszeitinstrument für Ältere ist die Altersteilzeit. In der Praxis stellt die fast ausschließliche Inanspruchnahme der verblockten Altersteilzeit jedoch lediglich eine besondere Form der Frühverrentung dar. Wir wollen dies über die vorgesehene Befristung bis 2009 hinaus nicht fortsetzen. Der Vertrauensschutz für bestehende tarifliche und betriebliche Vereinbarungen bleibt gewährleistet. Wir wollen stattdessen die echte Altersteilzeit als gleitenden Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand fördern.
- Die Delegierten unterstützen außerdem die vom UN-Sicherheitsrat mandatierte und vom Bundestag beschlossene Ausweitung des Einsatzgebietes der ISAF in Afghanistan, als einen wichtigen Schritt zur Stabilisierung des Landes. Sie begrüßten, dass die Bundesregierung ihren Einsatz in Afghanistan fortsetzt und verstärkt.
- Einführung von Landeslisten bei der nächsten Europawahl.



Montag, den 12. Januar
Kreisvorstandsitzung

Tagesordnung bei Redaktionsschluss noch nicht festgelegt

Anger



Vorsitzender:
Harald Walter Tel.: 38611

Einladung für unsere nächsten Sitzungen:

**Dienstag, den 16. 12.03
im Angerwirt um 20 Uhr**

Thematisch wollen wir uns lediglich mit einem **Jahresrückblick** beschäftigen, ansonsten wollen wir mit einem **geselligen Beisammensein** das Jahr abschließen.

Die nächste Sitzung ist dann im neuen Jahr und zwar am

**Dienstag, den 13.1. 2004
um 20Uhr wieder im Angerwirt, Guhmannstr.**

Thema wird sein die Jahresplanung.

Harald Walter

Bruck



Vorsitzender:
Wolfgang Peter Tel.: 303090
eMail: bruck@spd-erlangen.de

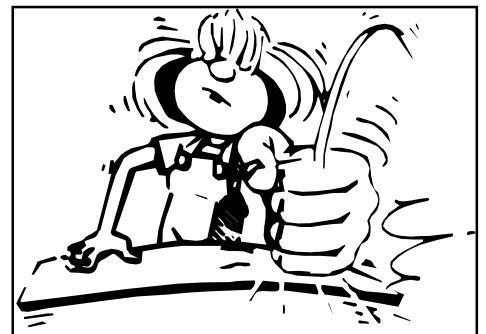
Liebe Genossinnen und Genossen,
Unsere nächste Distriktversammlung ist

**am Dienstag, den 9. Dezember 2003 um 20.00
Uhr
FSV, Tennenloherstr.**

1. Aktuelles
2. Berichte aus Stadtrat und Kreisvorstand
3. Ergebnisse des Bundesparteitages

für den Vorstand

Wolfgang Peter



Eltersdorf



Vorsitzender:
Manfred Jelden Tel: 601333

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unser nächstes Distrikttreffen ist am
**Dienstag, den 16. Dezember
um 20 Uhr**

und am

**Dienstag, den 20. Januar
um 20 Uhr**

im Schützenhaus Eltersdorf

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand

Manfred Jelden

Frauenaurach



Vorsitzende:
Thomas Hein

Protokoll der Distriktversammlung vom 18.11.03

1. Parteireform

Philipp Dees referiert über das Konzept und die Änderungsvorschläge.

Der Distrikt hat ein paar kleinere Anmerkungen dazu, die Philipp in seine Änderungsliste aufnimmt.

U.a. wird das Bedürfnis ohne TO miteinander reden zu können, thematisiert. Ein Lösungsvorschlag ist z. B.: die Einrichtung eines SPD-Stammtisch. Zur Zeit gibt es nur "SPD am Berg". Oder wir könnten den Starttermin der KMV vorverlegen (19.30 Uhr?), um freie Diskussion (Stammtisch) danach zu ermöglichen.

Weitere Punkte sind:

- Verzahnung der Fraktion mit GKV: Infostand, Runde Geburtstage, ...
- Neue Mitglieder: Aktivierung einer Projektgruppe Mitgliedergewinnung und Mitgliederbetreuung: "Wie machens andere?"

Lüer-Rietsch-Vorschlag: Gem. Kontoführung ist unseres Erachtens nicht machbar, da zu viele Zugriffsmöglichkeiten von zu vielen Leuten und zu arbeitsaufwendig für die Geschäftsführung.

2. Hochfrequenzanlage für Mobilfunk (Höhe 35 m):

Die Hauptstrahlrichtung geht bis zum Eginoplatz. Die BürgerInnen favorisieren einen Standort in der Nähe der

Ampelanlage oder Strommasten von e.on.

Am 10.12.2002 war die Genehmigung im BWA. Nach den am runden Tisch definierten Kriterien war das Thema so klar, dass die SPD-Mitglieder des BWA ohne Ortsbesichtigung zugestimmt haben. Danach hat die Kommunikation BWA-Mitglieder mit dem Fraktionsvorstand und den zuständigen Kriegenbrunner SPD-Ortsbeiräten nicht geklappt. Deshalb wurde die Chance verpaßt, Balleis zur Bürgerversammlung am 8. April 2003 aufliegen zu lassen. Nachdem das Gutachten "Wuschek" erstellt war, wurde es weder dem BWA noch dem Ortsbeirat zur Kenntnis gegeben. Auch BürgerInnen, die sich bei der Stadt über vorhandene und zukünftige Belastungen erkundigten bevor sie ein Grundstück kaufen, wurden über den geplanten Masten nicht informiert.

Die Arroganz von OB und CSU wird auch in einem Briefwechsel zwischen Vodavone und Stadtspitze sichtbar. Der geplante Sendemast in der Kurt-Schumacher-Str. wurde aus städtebaulichen Gründen (Obi, CSU-Zentrale) abgelehnt.

In einem vorausschauenden Antrag der CSU, datiert vom 12.11., wurde auf die Ergebnisse der Veranstaltung am 13.11. hingewiesen. Die CSU weiss also schon im Voraus, was die BürgerInnen diskutieren werden und welche Ergebnisse sie erarbeiten!!

Nun muss der Gutachterausschuss die Grundstückswerte neu definieren.

3. Jugendclub Arche Noah:

14-Tage war Ruhe. Der Jugendclub hat am Halloween-Freitag neu aufgemacht. Es gibt leider eine Gruppe Jugendlicher, die nicht begreift (begreifen will), dass sie durch ihr Verhalten die Existenz des Jugendclub gefährdet. Herr Jörnitz (Chef der Polizei) und Herr Werkmeister (Jugendbeauftragter der Polizei) wurden von Herrn Fellnermeier beauftragt, häufiger in Frauenaurach zu kontrollieren.

Ab nächsten Wochenende wird nur noch am Freitag aufgemacht ohne Alkoholausschank. Nächstes Gespräch zwischen Anwohnern und Jugendclub findet am 27. Nov um 18.00

Uhr im Sitzungssaal statt. Es wird auch auf der Ortsbeiratssitzung Frauenaurach am 2. Dez. Thema sein. Jugendclub als reiner Jugendclub funktioniert wahrscheinlich nicht mehr, es muss mit professioneller Hilfe gearbeitet werden.

Das Ziel der Anwohner - vor allem Herrn Bergler und Co - ist, dass der Jugendclub geschlossen wird.

4. Jagd-Hundeschule in Schallershof:

In Schallershof gibt es nun einen eingezäunter Bereich für eine Jagd-Hundeschule ohne Gebäude, Parkplatz und Toiletten (Batz ist Initiator ohne BWA-Beschluss). Die Nachbarn incl. des direkt benachbarten Pinscher-Schnauzer-Klub außer der Kneipe, der Zusatzgeschäft sieht, sind stocksauer. Der Stellplatznachweis fehlt und die 5 nachgewiesenen Stellplätze wurden mit einem Container zugestellt! Die benachbarten Futterwiesen der Bauern sind wegen Hundekot nicht mehr verwertbar. Wird in der nächsten Ortsbeiratssitzung Frauenaurach diskutiert.

5. Verschiedenes

- Kriegerdenkmal Hüttendorf und Schild "Heute Kalbhaxe"
- Ortsschild Unistadt Erlangen und Bauschutt linke Seite von Vach aus wird immer höher (Gisela bringt dies mit dem Foto unter Anfragen).

Termine:

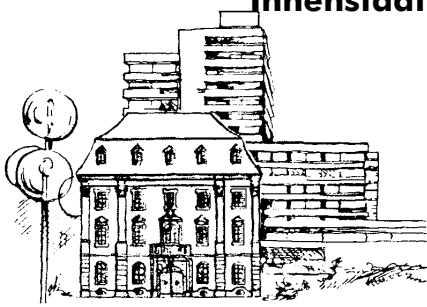
Montag, den 15. Dez. um 19.00 Uhr: Karpfenessen (Gaststätte Schäfer - Zur Krone)

Dienstag, den 20. Jan. 2004 um 20.00 Uhr: Jahresplanung 2004 (AWO-Raum, Gaisbühlstr. 4)

Für den Vorstand

Gabi Dorn-Dohmstreich

Innenstadt



Vorsitzender:

Benedikt Berninger
e-Mail: bene@freemail.it

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch zu unserer nächsten
Distriktsversammlung am

**Dienstag, 16. Dezember
2003 um 20.00 Uhr in der
Gaststätte Kulisse in der
Theaterstraße**

herzlich ein.

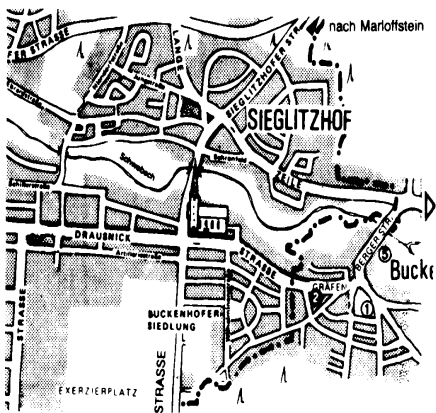
Tagesordnungsvorschlag:

- 1) **Aktuelles, Berichte**
- 2) **Die Vorschläge des AK-Partei-
reform (II.)**
- 3) **Terminplanung**
- 4) **Sonstiges**

Die Januarversammlung soll am Don-
nerstag, 15. oder Dienstag, 20. Janu-
ar 2004 stattfinden.

Genaueres am 16. Dezember unter 4)
Für den Vorstand Benedikt Berninger

Ost



Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531
e-mail: djangokraft@web.de
stellvertretende Vorsitzende:
Monika Wendler Tel.: 401737
e-mail: moni.wendler@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
Distriktsversammlung

**am Donnerstag, den
11.12.2003 , 20.00 Uhr
in der Waldschänke
Lange Zeile 104**

Jochen Kraft

**Bericht zur letzten Distriktver-
sammlung mit dem Thema Partei-
reform:**

Liebe Genossinnen und Genossen.
Auf unserer Distriktsversammlung im
November haben wir uns intensiv mit

der anstehenden Parteireform befasst.
Unsere Genossin Hildegard Gröger
hat uns ausführlich über die Arbeit des
Arbeitskreises Parteireform und die
Hintergründe und Überlegungen in-
formiert, die letztendlich zu dem nun
vorliegenden (im MS Oktober abge-
druckten) Konzept geführt haben.
Anschließend haben wir die Vorschlä-
ge des Arbeitskreises ausführlich dis-
kutiert.

Den größten Raum im Rahmen der
Diskussion nahm die Frage ein, wie
zukünftig die Distrikte im Kreisvorstand
vertreten sein werden. Das Konzept
zur Parteireform sieht in dieser Frage
vor, den Kreisvorstand zu verkleinern
und zu diesem Zweck die Doppelver-
tretung der Distrikte entfallen zu las-
sen. Das Ziel der Gleichstellung soll
zukünftig erreicht werden, "indem je-
weils 2 Distrikte bzw. Arbeitsgemein-
schaften (...) zusammengefasst wer-
den und diese sich untereinander ei-
nigen müssen, wer einen Mann und
wer eine Frau vorschlägt."

Wir halten diese Regelung nicht für
praktikabel. Schwierigkeiten in der
Vertretung der Distrikte, wie wir sie in
diesem Jahr in den Distrikten Frauen-
aurach und Anger zu diskutieren hat-
ten, würden, so befürchten wir, die
Regel. Somit wäre die neue Regelung
geeignet auch nachwirkende Streitig-
keiten unter den Distrikten zu beför-
dern, da sie die Mitglieder der einzel-
nen Distrikte in der Auswahl ihrer Ver-
treter unnötig einschränkt. Außerdem
kann die angestrebte Verkleinerung
des KV keinen Beitrag dazu leisten
"mehrfach parallele Diskussionen" zu
verhindern. Auch in dem neuen Kon-
zept ist es nach wie vor jedem Mitglied

möglich an den Sitzungen des KV teil-
zunehmen und dort zu sprechen. Das
ist auch gut so. Es zeigt sich aber doch,
dass die pure Verkleinerung dieses
Problem der parallelen Diskussion
nicht zu lösen vermag. Zudem würde
die Bedeutung der Distrikte im KV ge-
messen an den Stimmanteilen um bei-
nahe 10 % abnehmen. Aus diesen
Gründen hält der Distrikt Ost die Bei-
behaltung der Doppelvertretung für
sinnvoll und ihre Aufhebung für nicht
zielführend.

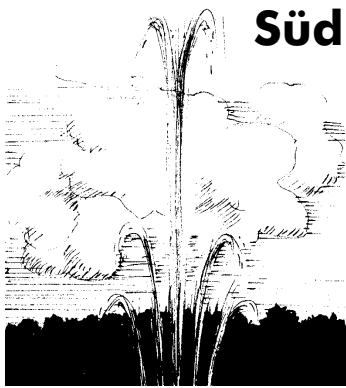
Die Haltung des Distrikts Ost zu die-
ser Frage lässt sich also in Vier Punk-
ten zusammen fassen:

1. Die neue Regelung führt zu einer
Schwächung der Distrikte im KV
2. Die neue Regelung erschwert und
verkompliziert die Wahl der Distrikt-
Vertreter im KV.
3. Der Distrikt steht der Beibehaltung
der Doppelvertretung offen gegen-
über
4. Welcher Regelung zuletzt auch im-
mer, zugestimmt werden mag,
muss durch diese in jedem Fall die
formale Quotierung gesichert sein.

Außerdem wurden noch acht weitere
Änderungsanträge verabschiedet:

Diese werden durch den Vorsitzenden
weitergeleitet und sind nach der Ein-
arbeitung durch Philipp Dees unter der
Adresse [www.spd-erlangen.de/partei-
reform](http://www.spd-erlangen.de/partei-
reform) abrufbar oder beim Vorsitzen-
den zu erfragen.

Jochen Kraft



Vorsitzender:
Günter Laurer

Die Termine für die nächsten Distrikts-
versammlungen:

**Am Dienstag, dem 16.
Dezember 2003 um 20 Uhr
im Biergarten Röthelheim
- „Weihnachtsfeier“**

und am

**Mittwoch, dem 21. Januar
2004 um 20 Uhr (Biergar-
ten Röthelheim) - „Jah-
resplanung“.**

Günter Laurer

Spielplatzbegehung, initiiert von und
regelmäßig durchgeführt unter Leitung
von Alfred Opitz, hat sich auch unter
dem neuen Verantwortlichen bewährt.

2. Tennenloher Bote

Die vorgesehene Ausgabe wird disku-
tiert. Hans wird einen Artikel über die
Bürgerversammlung schreiben, der
einen bereits vorliegenden ersetzen soll.

Christoph, Gertrud und die Witwe von
Erik Schroeder sponsern die Mehrko-
sten für die rote Farbe der nächsten
drei Ausgaben. Ob wir die rote Farbe
beibehalten wollen, soll im nächsten
Jahr erneut diskutiert werden.

3. Schaukasten

Unser Schaukasten fällt bald ausein-
ander. Derzeit wird in Tennenlohe über
einen gemeinsamen Schaukasten mit
Vereinen und CSU diskutiert. Da wir
davon ausgehen, dass eine Beteili-
gung nicht teurer ist als ein eigener
neuer Kasten, wollen wir diese Lösung
anstreben. Wir beantragen und er-
warten auch einen Zuschuss vom
Kreisverband.

4. Homepage .

Unsere Homepage soll überarbeitet
werden. An dem vom Kreisverband für
den 29.11. anberaumten Schulungs-
termin wird neben Hans, da Chri-
stoph verhindert ist, Rolf teilnehmen.

5. Parteireform:

Wir diskutieren über die im Monats-
spiegel dargestellten und geplanten
Strukturänderungen und halten die-
se im Wesentlichen für vernünftig, v.a.
die Verkleinerung von GKV und KV. Für
problematisch halten wir die strikte
Regelung der Bestimmung der KV-Ver-
treterr/-innen, da auf diese Weise be-
fähigte Personen u.U. ausgegrenzt
werden Die vorgesehenen Bestimmung-
gen über die KV-Vertreter/-innen qua
Amt werden nach längerer Diskussi-
on als gerechtfertigt eingestuft. Nicht
einverstanden sind wir mit Punkt 2e):
Vertreter/-innen von AG's und AK's, die
an der KV-Sitzung teilnehmen, sollten
unsere Meinung nach Parteimitglieder
sein. In Sonderfällen könnte über eine
Teilnahme von Nicht-Parteimitgliedern
im Vorfeld entschieden werden. Zu 2g:
Wir begrüßen die Regelungen gegen
den Missbrauch der Initiativanträge.

Christoph Schnapper

Tennenlohe



Vorsitzender:
Rolf Schowalter Tel.: 601924
e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir
laden Euch herzlich ein zu unseren
Versammlungen

**am Dienstag, 09.12.03,
Schlossgaststätte, 20.00
Uhr**

Tagesordnung:

- 1) **Berichte aus KMV, KV**
- 2) **Wahl eines/einer zweiten Revi-
sors/Revisorin (da einer der bis-
herigen Revisoren das Amt des
Kassiers übernommen hat)**
- 3) **Diskussion des Parteireform-
konzepts Teil II, d.h. ab Punkt**

**3. Bitte wieder Monatsspiegel
10/03 oder Internetausdrucke
mitbringen !!**

4) Verschiedenes

**und am Dienstag,
13.01.04
Schlossgaststätte 20.00
Uhr**

Tagesordnung:

- 1) **Berichte KV, Ehrungs-KMV**
- 2) **Funktion des Geldes in unserer
globalisierten Welt. Wirt-
schaftsmacht und Ohnmacht
der Bürger ?**

Referent: Gert Büttner

3) Diskussion

4) Verschiedenes

für den Vorstand

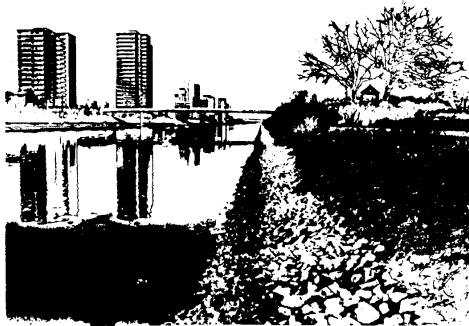
Rolf Schowalter

**Bericht von der Distriktversamm-
lung am 11.11.03**

1. Aktuelles

Eine Begehung der Spielplätze, v.a. des
"Abenteuer-Spielplatzes" am Haselhof,
hat stattgefunden mit dem neuen Ver-
antwortlichen Dietmar Radde. In die-
sem Zusammenhang dankt die SPD
Tennenlohe Herrn Radde für die ex-
zellente Zusammenarbeit und der Ab-
teilung Stadtgrün für deren Engage-
ment. Die Spielplätze befinden sich alle
wieder in einem ausnehmend guten
Zustand. Die langjährige Praxis der

West



Vorsitzender:

Philipp Dees Tel.: 483791
e-mail: philipp.dees@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich lade euch herzlich ein zu unserem

Karpfenessen zum Jahresabschluss am Dienstag, 16.12., 19 Uhr im Gasthaus "Drei Linden", Alterlanger Straße,

ein. Bitte gebt mir eine kurze Rückmeldung, ob ihr teilnehmt, damit sich die Gaststätte auf die Zahl der Gäste einstellen kann.

Unsere erste

Distriktsversammlung 2004 wird voraussichtlich am 13.01.

stattfinden. Thema soll die Soziale Situation in Büchenbach sein, wir wollen dazu die Diakonische Runde einladen. Da noch nicht ganz sicher ist, ob diese am 13.01. kommen kann, erhaltet ihr die vollständige Einladung Anfang 2004.

Mit solidarischen Grüßen

Philipp Dees

Protokoll der Distriktsversammlung vom 20.10.

1. Aktuelles:

- Die November-MV kann wegen Raumproblemen nicht am 13.11.2003 stattfinden. Ersatzwei-

se wird der 19.11.2003 vorgeschlagen, dies wird akzeptiert.

· Ortsbeirat Kosbach

- Die "Panzerstraße" zur Herzogenauracher Straße ist jetzt gesperrt.
- Der Radweg Kosbach-Stuedach wird wohl erst 2008 fertig gestellt
- es gibt neue Überlegungen für einen Radweg Steudach-Häusling
- Der Waldspielplatz wurde eingeweiht
- Durch die immer stärkere Ausweitung von Pferdekoppeln im Kosbacher Umfeld kommt es zu neuen Konflikten.

2. Haushalt 2004

Florian Janik steht aus Termingründen als Referent nicht zur Verfügung, Ingrid Kiesewetter übernimmt die Berichterstattung.

- Im momentanen Haushaltsansatz der Stadtverwaltung wird von einem Fehlbetrag von 13 Millionen ausgegangen. Norbert Fuchs prognostiziert, dass sich dieser bis auf 0 reduzieren wird, da noch mit erheblichen Steuermehreinnahmen zu rechnen ist.
- Die SPD wird einen eigenen, auch genehmigungsfähigen, Haushaltsentwurf einbringen.
- Für die "Spiellandschaft" zwischen Kosbach/Büchenbach errichtet wird, sind 2004 400.000 Euro vorgesehen (die aber aus Erschließungsmitteln stammen)
- Für den Adenauer-Ring-Nord sind für ein Teilstück (Erschließung von Gebiet 408) 400.000 Euro vorgesehen.
- Für ein Gutachten zur Planung des Kosbacher Damm sieht der Haushaltsentwurf der Stadt 290.000 Euro vor.
- Für die Renovierung der Halpipe am Taubenschlag sieht der Entwurf 10.000 Euro vor, die SPD-Fraktion will sich für eine Erhöhung auf 16.000 Euro einsetzen. Sie hat des

Weiteren 30.000 Euro für die Errichtung einer Skater-Anlage in Büchenbach beantragt.

- Die Sanierung des West-Bads soll auch 2004 weitergehen.
- Für die Finanzierung des TV Vital sind lediglich 20.000 Euro an Zuschüssen vorgesehen, ursprünglich waren es mal 200.000 Euro.
- Es besteht die Befürchtung, dass die entstehende Satzung für die Sportanlage an der Heinrich-Kirchner-Schule die Anlage komplett für die Schule vereinnahmt.

3. Anträge

- Gerd stellt einen Antrag, dass sich der Kreisverband 2004 im Rahmen von AKs, Seminaren etc. intensiv mit wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigen soll (Text siehe November-Monatsspiegel), dieser wird einstimmig angenommen.
- Philipp stellt Antrag, der sich gegen die von der Bundesregierung beschlossenen Rentenkürzungen richtet (Text: siehe November-Monatsspiegel). Dieser wird nach intensiver Diskussion mit 8 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Jan Peters

Protokoll der Distriktsversammlung vom 19.11.

1. Aktuelles

- Parteitag:
 - Gerd sieht die beschlossene Ausbildungsabgabe kritisch, er befürchtet das Entstehen großer bürokratischer Probleme, will sich aber auch nicht gegen den Seelenfrieden von GenossInnen beeinträchtigen. Er plädiert, dass der Anteil der Studierenden zu niedrig ist, wodurch auch Ausbildungsplätze blockiert werden.
 - Walter Lang stimmt dem zu, er plädiert vor allem für die Stärkung der schulischen Ausbildung mit starken Praktikumselementen. Er verweist darauf,

dass momentan viele Bildungsträger nur Schrott abliefern

- Stadtrat/Haushalt
 - o Die Kürzungen im Haushalt gehen mittlerweile an die Substanz der Stadt. So hat z.B. die Gewerbeaufsicht kaum noch die Möglichkeiten, ihre Kontrollfunktion auszuüben. Dieses Problem soll im nächsten Westboten thematisiert werden.
 - o In Folge des Baus der Verlängerung des Adenauer-Rings-Süd fehlt am Radweg Steudach-Büchenbach ein Stück.
 - o Adenauer-Ring-Nord: durch die aktuelle Situation (stückchenweises Weiterbauen, aktuell als Er-

schließungsstraße von Baugebiet 408) wird befürchtet, dass es zu einem stückchenweisen Ringschluss kommt. Die Diskussion zur endgültigen Trassenführung müsste jetzt eigentlich dringend geführt werden.

- o Es wird wohl zum Verkauf von Atzelsberg kommen, es gibt Befürchtungen, dass potentielle Investoren insbesondere an den Grundstücksflächen interessiert sein könnten.

2. Ergebnisse des AK Parteireform

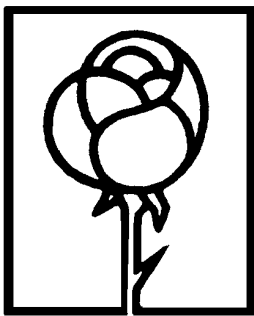
- Gerd und Philipp stellen die Ergebnisse des AKs vor (Paper des AKs wurde im Oktober-MS abgedruckt).

- Die Ergebnisse werden einhellig begrüßt. Es wird vorgeschlagen, dass das Instrument "Projektgruppen" in Zukunft auch im Distrikt angewendet werden soll.

3. Verschiedenes:

- Feli wird Kontakt mit Herrn Beck (TV1848) aufnehmen, Ziel soll ein Gespräch Anfang 2004 sein.
- Es soll wieder einen Westboten geben, Gerd wird vorher zur Finanzierung wieder einen Spendenaufruf starten.

Jan Peters



ASF

Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114
 Birgit Hartwig Tel.: 55939
 Gunda Gerstenmeyer Tel.: 66501
 Hildegard Gröger Tel.: 502415
 Julie Mildnerberger Tel.: 23435

Einladungen zur AsF im Dezember

AsF-Sitzung am

**Mittwoch, 03.12.03 um
 20.00 Uhr im Nebenzimmer
 der Gaststätte "Kulisse",
 Theaterstraße**

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Dr. Brigitte Mugele, Cheförztn am Klinikum am Europakanal und Stadträtin, informiert über die Gesundheitspolitik und die "Reformen"
3. AsF-Vorschläge zur Parteireform
4. Berichte

5. Verschiedenes

AsF-Weihnachtsfeier

**am Freitag, 19.12.03 ab
 19.00 Uhr**

im Frauenzentrum, Gerberei 4.

Für Getränke wird gesorgt, wir bitten aber um einen Beitrag fürs Buffet.

Für den Vorstand

Hildegard Gröger

Einladung zur

**Jahreshauptversammlung
 der AsF
 am 7.1.2004 (letzter Feri-
 entag!)
 um 20 Uhr im August-
 Bebel-Haus**

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Rechenschaftsberichte
 - a) Übersicht über alle Aktivitäten (Elli Pöschl/Maria Schmeets)

b) Rechenschaftsbericht des Vorstands

c) Diskussion

3. Entlastung

4. Neuwahlen und Personalvorschläge

a) Wahl des Vorstands

b) Vorschlag für 2 Vertreterinnen im KV

d) Vertreterin im GKV

e) Wahl der Delegierten für AsF-Bezirks-, Landes- und Bundeskonferenz

f) Weitere Aufgabenverteilung

5. Jahresplanung

6. Verschiedenes

Für den Vorstand

Hildegard Gröger





Vorsitzende:
Brigitte Mugele Tel.: 22397

Liebe Genossen und Genossinnen,

unsere diesjährige **Weihnachtsfeier** wollen wir in Dreycedern feiern und zwar

**am 16.12.03 von 15 - 17
Uhr
Altstätter Kirchenplatz 6**

Unser ersten Treffen im neuen Jahr 2004 findet am

13.1.04 um 17 Uhr im August-Bebel-Haus

statt.

Thema:

Wir hoffen, dass endlich die Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden für ER und der Vorschlag für einen Vorsitzenden Unterbezirk ER/ERH erfolgen kann. Kommt dazu bitte recht zahlreich.

Eure Brigitte Mugele

Arbeitskreis Wirtschaftspolitik



**Mittwoch 17. Dezember
2003 20.00 Uhr**

Wir beschäftigen uns mit dem Thema "Alternative Wirtschaftspolitik zwischen Analyse und gesellschaftlichen Bewegungen" (Text aus dem Memorandum 2003)

Den Text sende ich auf Anfrage gerne zu.

Für den AK

Dieter Rosner

T: 50 24 81

dieter.rosner@fen-net.de

AK Gesundheit:

Nächster Termin:

**Mittwoch, 21.01.2004
19.00 Uhr**

**Mohrenkopf, Schiffstraße
6, 91054 Erlangen**

Themen: u.a.

Beurteilung des im November beschlossenen Leitantrags unter gesundheitspolitischen Gesichtspunkten

Forderungen zum strukturellen Umbau des Gesundheitssystems anhand des Antrags der ASG (gesundheitspolitische Arbeitsgemeinschaft Vorbereitung der geplanten Podiumsdiskussion im Februar oder März 2004

Für den AK: Hans Wachter

Projektgruppe Wirtschafts- und Sozialpolitik

**Mittwoch, 14. Januar, 20
Uhr, Mohrenkopf**

Liebe Genossinnen und Genossen, wie in der letzten KMV am 20.11.2003 auf Anregung des Distrikts West beschlossen, trifft sich jetzt das erste Mal die neue Projektgruppe

Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Themenfelder

- Globalisierung und europäische Integration und deren Wirkungen auf den Arbeitsmarkt

- demographischer Wandel und Soziale Sicherungssysteme

- Vor- und Nachteile der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme über die Belastung des Faktors Arbeit

und die Zusammenhänge dieser Themenfelder wollen wir im nächsten halben Jahr abarbeiten und gemeinsam die Problemlagen analysieren und Lösungsmöglichkeiten diskutieren.

Auf dem ersten Treffen geht es zunächst um die Terminfindung und Arbeitsplanung. Besonders geht diese Einladung an die Genossinnen und Genossen, die im zurückliegenden Jahr in dem AK Gesundheit und dem AK Wirtschaftspolitik oder auch anderswo an diesen Themen gearbeitet haben.

mit solidarischen Grüßen

Florian Janik

Referent für Schulung und Arbeitskreise

Gerd Peters

für den Distrikt West

Wir gratulieren zum Geburtstag:



Wir möchten allen, die im Dezember und im Januar ihren Geburtstag feiern, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

Dezember 2003

- 02.12. Helmut Straub
72 Jahre
- 06.12. Alfred Emig
85 Jahre
- 07.12. Johannes Scholz
60 Jahre
- 09.12. Maria Schmeets
77 Jahre
- 12.12. Thea Schulze
88 Jahre
- 20.12. Werner Funk
75 Jahre
- 21.12. Herbert Reinfelder
65 Jahre
- 22.12. Peter Zink
96 Jahre
- 25.12. Robert Thaler
60 Jahre
- 28.12. August Gugel
73 Jahre

Januar 2004

- 01.01. Narendra Dev Paliwal
65 Jahre
- 05.01. Werner Fischer
73 Jahre
- 10.01. Norbert Fuchs
60 Jahre
- 13.01. Willi Goehlke
81 Jahre
- 20.01. Georgios Petridis
79 Jahre
- 22.01. Angela Ziegler
60 Jahre
- 28.01. Liselotte Seitz
81 Jahre
- 31.01. Adolf Steinmüller
86 Jahre

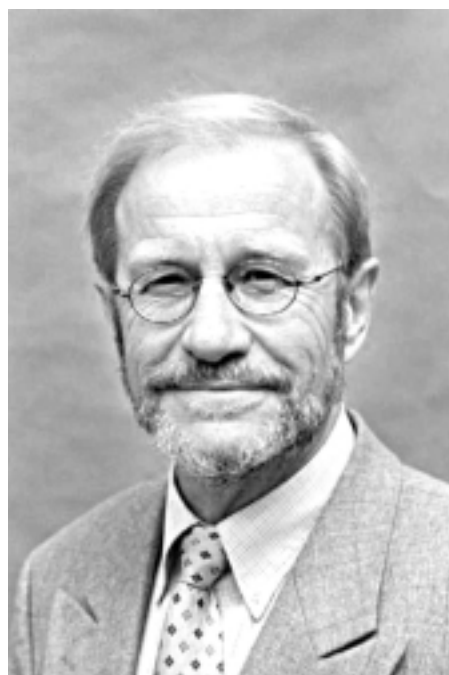
Herzlichen Glückwunsch zum 60. Geburtstag

Lieber Robert,

An diesem Weihnachtsfest hast Du einen besonderen runden Geburtstag: Du wirst 60, gehörst damit zur "älteren Generation" und Du kannst auf das, was Du erreicht hast, rundum stolz sein: Mit Deiner Frau Barbara bist Du seit Jahrzehnten in Treue verbunden. Du stehst noch voll im Beruf, und Deine Arbeit im Hochbauamt unserer Universität macht Dir nach wie vor Freude. Im Sport und in der Kommunalpolitik hast Du Deinen festen Platz. In unserer Erlanger SPD genießt Du unser aller Wertschätzung.

Erinnerst Du Dich noch an das Foto in den Erlanger Nachrichten Ende Juni, Anfang Juli 1990? Du bist dabei, eine Leiter hinaufzusteigen bei der Vorbereitung einer Sportveranstaltung. Die Bildunterschrift lautet: "Robert Thaler, ...einer, der auch immer

selbst mit anpackt". Damals brachten die Erlanger Nachrichten eine Serie über das Ehrenamt im Sport. Damit ist gleich zweierlei bewiesen. Erstens: Ehrenamtliches Engagement stand auch



damals in Erlangen schon hoch im Kurs, es wurde nicht erst 1996 ff erfunden. Zweitens: Du konntest schon damals auf eine lange Zeit im sportlichen Ehrenamt zurückblicken. Besonderes Merkmal? Wort UND Tat, und so kennen wir Dich bis heute: Als einer, der die Dinge selbst in die Hand nimmt, zuverlässig und mit einer großen Portion wohlthuender Gelassenheit.

Im Erlanger Stadtleben bist Du bereits seit 1968 auf dem öffentlichen Parkett präsent, genauer im Tanz-Turnier-Club, dessen Vorsitz Du auch lange Jahre inne hattest. Seit 22 Jahren bist Du nun Vorsitzender des Stadtverbandes der Erlanger Sportvereine. Die Entwicklung des Breitensports in unserer Stadt ist untrennbar mit Deinem Namen verbunden. Für Dein großartiges Engagement im Ehrenamt erhaltetest Du als erster Erlanger 1994 das "Ehrenzeichen für Verdienste im Ehrenamt", direkt aus der Hand des Bayerischen Ministerpräsidenten.

Deinem langjährigen Einsatz im Sportbereich fügtest Du Mitte der 90er Jahre Dein Engagement als Stadtrat hinzu. In unsere Fraktionsarbeit hast Du dich aus dem Stand heraus von Anfang an mit vollem Engagement eingebracht. Deine langjährigen Erfahrungen und Kenntnisse in Sport und Ehrenamt, gepaart mit Deinem beruflichen "Know how" machten Dich schnell zu einem kompetenten und verlässlichen Gesprächspartner für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Funktionsträger in den Vereinen und Verbänden, aber auch in den Fachbereichen "Bauen und Planen" unserer Stadtverwaltung und der Planungsregion Mittelfranken. Seit Mai 2002 bist Du - folgerichtig - unser erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Das ist eigentlich schon Arbeit und Verantwortung genug. Dennoch hast Du uns keinen Korb gegeben, als wir Dich im Frühjahr 2003 baten, den Vorsitz unseres SPD-Kreisverbandes zu übernehmen. Unserer Partei bläst der Wind seit geraumer Zeit scharf ins Gesicht. Viele Menschen sind mit der Politik der SPD im Bund unzufrieden angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Sich den Enttäuschungen und Zweifeln der Menschen zu stellen, gleichzeitig aber auch Perspektiven zu entwickeln, Überzeugungsarbeit zu leisten, das ist keine leichte Aufgabe. Das bedeutet Arbeit, Arbeit, Arbeit.

Lieber Robert, wir versprechen Dir, dass wir alle zusammen die Leiter, auf der Du für uns stehst, gut festhalten werden. Wir danken Dir für Dein großartiges Engagement, für Deine Loyalität, für Deine Treue. Für die kommenden Jahre wünschen wir Dir Erfolg und Anerkennung im Beruf, im Ehrenamt, in der politischen Verantwortung, Glück, Gesundheit und persönliches Wohlergehen, vor allem aber auch genügend Zeit für Dich selbst und Barbara. Von Herzen alles Gute für Dich, für Euch Beide

Gisela Niclas - Fraktionsvorsitzende

Ursula Lanig - stellvertretende Kreisvorsitzende

Dieter Rosner - stellvertretender Kreisvorsitzender

Leserbrief von Helmut Rieckert



"Die Wölfe", ein Lehrstück für uns?

Ich schreibe diesen Artikel am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht vor 65 Jahren. Heute morgen nahm ich teil an einer Vorführung von Fotos in der Stadtbücherei, die die Gewalttaten der Nationalsozialisten in Mittel und Kleinstädten zeigten. Fiese Fotos sind echte Quellen, keine Sekundärinformationen und ein Bild zeigt mehr als 1000 Worte (so Tucholsky). Letzte Woche sah ich zum zweiten Mal eine Dokumentation über die SA. Dazu gibt es eine Rede von Himmler vor hohen SS-Offizieren aus dem Jahr 1943, die ebenfalls im Fernsehen gezeigt wurde. Verschiedene Reden von Hitler und Goebbels wurden wiederholte Male gezeigt. Vor mir habe ich ein Buch mit dem Titel "Schöne Zeiten, Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer", Fischer-Verlag 1988, mit Briefen und Aussagen von echten Menschen, nicht von fiktiven wie in den Stück. In Nürnberg haben wir ein Dokumentationszentrum, ebenfalls mit reichem Quellenmaterial. Quellen gibt es also genug, sogar in unserer Nähe, niemand ist verboten, sie zu nutzen. Brauchen wir also wirklich das Stück "die Wölfe", um die Ähnlichkeit der Reden und Handlungen der Neona-

zis und Rechtsradikalen mit denen der Nationalsozialisten zu erkennen?

Krieg gibt es nicht erst seit dem 11.9.2001. Es verging wohl seit dem Ende des zweiten Weltkriegs kein Jahr, in dem nicht Krieg war. Die Kriege in Afghanistan und dem Irak sind auch nicht die ersten, die die USA seit dem zweiten Weltkrieg führten. Alle Kriege waren und sind begleitet von heroischen Sprüchen über den Kampf für Vaterland und Freiheit, das liegt in der Natur der Sache. Aus der Antike wird zitiert: "süß und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu sterben". Konrad Adenauer sagte zum Krieg in Indochina:

"Die Soldaten, die in Indochina ihr Blut und Leben lassen, tun dies nicht bloß für Frankreich, sondern im Dienst der Freiheit für die ganze Welt". Der US-General Le May wollte Vietnam in die Steinzeit zurückbomben. Ganz so neu ist also die zeitgenössische Kriegsrhetorik nicht.

Der Zweck des Stückes war es, den Menschen an der Front und in der Heimat beizubringen, wie sie sich zu

Krieg und Tod zu verhalten haben. Das Mittel dazu war der Totenkult, der ein wesentlicher Teil der nationalsozialistischen Weltanschauung war ("und die Fahne führt uns in die Ewigkeit, ja die Fahne ist mehr als der Tod"). Verbunden war dieser Kult mit dem Aufgehen des Einzelnen in der Volksgemeinschaft. Das Vaterland, im Sinne dieser Volksgemeinschaft, kann jedes Opfer fordern.

Andere Inhalte der nationalsozialistischen Weltanschauung wie die Ausgrenzung aller Schwachen und Andersartigen und die Rassenideologie treten in dem Stück nicht in Erscheinung. Gerade diese Inhalte aber bestimmen die Parolen und Handlungen der Neonazis und Rechtsradikalen.

Kann uns also dieses Stück im Umgang mit diesen Gruppen in irgendeiner Weise unterstützen? Reichen unsere intellektuellen Fähigkeiten und unsere moralischen Maßstäbe nicht aus, um die Gefährlichkeit dieser Gruppen zu erkennen? Wäre es daher nicht notwendig, anstatt über das Stück und

die Besonderheiten der Inszenierung zu diskutieren, die Ursachen und Mechanismen zu analysieren, die zu der Herrschaft des Nationalsozialismus geführt haben und die Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft zu diskutieren, die das Entstehen der rechtsradikalen und neonazistischen Gruppen begünstigen?

Zu diesen Diskussionen kann das Stück nicht beitragen. Es kann auch keine Antwort geben auf die Frage, was Menschen dazu bringt, für eine Idee zu töten und zu sterben. Eine Antwort darauf könnte allenfalls eine griechische Tragödie geben, von einem solchen Niveau ist das Stück himmelweit entfernt.

Es ist zu befürchten, dass mit der Ausführung des Stücks eine Büchse der Pandora geöffnet wird, wo soll künftig die Grenze im Umgang mit nationalsozialistischen Gedanken gut gezogen werden?

Helmut Riekert, Ringstraße 6, 91080 Spardorf

Zehn Antworten an Gerd Peters

von Philipp Dees

Zur KMV am 04.11. hat Gerd Peters ein Thesenpapier zu dem von den Jusos gestellten Antrag "Rentenkürzung: Nicht mit uns" vorgelegt. Im Folgenden soll auf diese Thesen nun geantwortet werden. (Hinweis: Die Textpassagen - insgesamt ist das Papier vollständig zitiert - stützen sich auf den im Distrikt West vorgelegten Text, da ich die Fassung von der KMV nicht mehr hatte.)

1. Woher nehmen und nicht stehlen?

Bei der Kürze der These bin ich natürlich auf Spekulation angewiesen, was sie bedeuten soll. Offenkundig geht es darum, dass nur bestimmte Einnahmen für die Rentenkassen zur Verfügung stünden und mehr nicht an die RentnerInnen verteilt werden könne. Diese These ist falsch. Natürlich lässt sich der Rentenbeitrag anheben, Diebstahl ist dies sicher nicht. Und wenn sich der Staat gleichzeitig trauen würde, VermögensbesitzerInnen und BeziehungspartnerInnen hoher Einkommen wieder gerecht mit Steuern zu belasten, könnte der Rentenbeitragsanstieg durch eine Senkung der Lohnsteuer im unteren Bereich kompensiert werden, so dass keine Mehrbelastung der normalen ArbeitnehmerInnenhaushalte gegeben wäre.

2. Gegenwärtig machen die Sozialversicherungsbeiträge durchschnittlich 41% der unmittelbaren Lohnkosten aus. Bei Fortsetzung der bisherigen Finanzierungspraxis der Sozialversicherungen ist ein Anstieg bis 2020 auf 60% wahrscheinlich. Deswegen dürften Reallohnsteigerungen bis dahin

kaum mehr stattfinden, Reduktionen von Realeinkommen aus Arbeit werden wahrscheinlicher.

Der von Gerd prognostizierte Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge kann, muss aber nicht so eintreten. Eine Prognose über die Entwicklung der Beiträge ist deshalb schwierig, weil einige Fragen nicht zu beantworten sind, sondern sich nur abschätzen lassen:

- Wie entwickelt sich die Erwerbstätigenquote, insbesondere bei Frauen? Bleibt sie auf dem jetzigen Stand, oder setzt sich der Trend zu einem Anstieg fort?
- Wie entwickeln sich die Löhne? Bleiben sie hinter dem Produktivitätszuwachs zurück, oder steigen sie stärker als dieser?
- Wie entwickeln sich die Steuern?
- Wie entwickelt sich die Arbeitslosigkeit?
- Wie entwickelt sich die Zuwanderung?
- Wie sieht die künftige Finanzierungsbasis der Sozialversicherungen aus? Werden alle Einkommen zur Finanzierung herangezogen, lägen die Beiträge mindestens der Kranken und der Pflegeversicherung deutlich niedriger.

Die Liste der Fragestellungen ist sicherlich nicht vollständig. Sie zeigt aber deutlich, wie unsicher Prognosen über die Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge sind und dass diese Entwicklung auch von der Politik beeinflusst werden kann. Die von Gerd genannten 60% sind dabei die oberste, pessimistischste Einschätzung, die alle Daten (Erwerbstätigenquote, Arbeitslosigkeit, Lohnentwicklung) von heute einfach in die Zukunft fortschreibt. Mit einer Politik vor allem der Stärkung der Masseneinkommen fällt dieser Anstieg deutlich geringer aus und sind

auch Reallohnsteigerungen zu erzielen.

3. Einkommen der Rentner sind seit 1992 real gestiegen, Einkommen aus Arbeit haben in dieser Zeit stagniert; hinzu kommt die verstärkte Belastung der Arbeitnehmer durch Arbeitslosigkeit. Aus Gründen der Gleichbehandlung wäre eine weitere Privilegierung der Rentner gegenüber den Beitragszahlern nur schwer vermittelbar.

Ein RentnerIn, die genau die Standardbedingungen erfüllte (45 Beitragsjahre, in denen jeweils der genau das Durchschnittseinkommen verdient wurde), erhielt 1992 (in Preisen von 2000) eine Rente von 2091,23 Euro, 2001 dann 2017,17 Euro (eigene Berechnung aus Daten der BfA und der Bundesbank, daher sind Rundungsdifferenzen möglich). Da sich Renten immer analog zur Standardrente entwickeln, heißt dies also, dass die Renten zwischen 1992 und 2001 real um 3,5% gesunken sind, im gleichen Umfang, wie sich die Realeinkommen entwickelt haben. Die These von Gerd Peters ist also empirisch falsch, sie beruht auf einer Fehlinterpretation der Statistik: Normalerweise erreicht kein RentnerIn die 45 Beitragsjahre. Seine/ihre Rente fällt dann geringer aus. In den Jahren 1992ff sind aber besonders viele Personen in Rente gegangen, die den 45 Beitragsjahren relativ nahe kamen. Dies liegt vor allem daran, dass Ostdeutsche und dort besonders Frauen in der Regel für die Zeit der DDR eine ununterbrochenere Erwerbsbiographie aufweisen als Westdeutsche; dies führt dazu, dass NeurentnerInnen im Schnitt 1992ff höhere Rentenansprüche hatten und dadurch die ausgezahlte Durchschnittsrente gestiegen ist. Das Einkommen von Personen, die einmal in Rente

waren, hat sich aber wie oben angeführt entwickelt.

4. Die wirtschaftliche Situation der Rentner ist insgesamt nicht schlecht. Das durchschnittliche Nettoeinkommen in Rentnerhaushalten liegt deutlich über 1500 Euro monatlich.

RentnerInnenhaushalte verfügten 2002 über ein monatliches Durchschnittseinkommen von 1800 Euro netto. Das monatliche Nettodurchschnittseinkommen von ArbeitnehmerInnenhaushalten lag im gleichen Jahr bei 2900 Euro (der Wert ist nach oben verzerrt, weil hier auch Beamten mitgerechnet sind); RentnerInnen verfügten damit über durchschnittlich 62% des Einkommens von ArbeitnehmerInnen. Daher ist es falsch, den Eindruck zu erwecken (wie es obige These tut), als seien RentnerInnenhaushalte besser gestellt als ArbeitnehmerInnenhaushalte. Außerdem sind Haushaltseinkommen deshalb nur eingeschränkt aussagekräftig, weil sie über die Zusammensetzung der Haushalte keine Aussage machen. Haushaltseinkommen müssen aber in Relation betrachtet werden zur Zahl der Personen, die in dem Haushalt leben; lebt nur eine Person von 1.800 Euro im Monat, hat sie sicher mehr Geld als wenn zwei Personen vom gleichen Betrag leben. Daher sagt die These von Gerd Peters so nichts aus, wenn nicht angegeben wird, wie viele RentnerInnen in Ein- und wie viele in Mehrpersonenhaushalten leben.

Im Übrigen gilt natürlich: Durchschnittseinkommen sind immer nur bedingt aussagekräftig. Verfügen einige Haushalte über besonders hohe Einkommen aus Vermögen, dann erscheint im Durchschnitt das Einkommen der RentnerInnen höher, als es in Wirklichkeit ist. Die durchschnittlich ausgezahlte Rente belief sich 2001 auf 670,28 Euro (Frauen) bzw. 972,94 Euro (Männer). Die unteren 50% der RentnerInnen verfügten dabei nur über eine Rente von maximal 634,74 Euro.

5. Die beschriebenen besonderen Kreislaufeffekte von Rentnereinkommen bestehen in dieser Weise nicht; Rentnerhaushalte haben im Vergleich zu Arbeitnehmerin eine überdurch-

schnittliche Sparquote und entsprechend eine unterdurchschnittliche Konsumquote.

Der ganze Antrag postulierte keine "besonderen Kreislaufeffekte" von RentnerInnenneinkommen. Er stellte lediglich fest, dass Kreislaufeffekte bestehen. Nun wird auch Gerd Peters nicht behaupten wollen, RentnerInnen würden nichts mehr konsumieren (und also bspw. auch nichts mehr Essen). Wenn RentnerInnen aber konsumieren, führt eine Rentenkürzung zu geringerem Konsum der RentnerInnen - das Sparvolumen wird, das zeigen empirische Untersuchungen, konstant bleiben, die Kürzungen also voll zu Lasten des Konsums gehen. Damit haben aber - wenn man Kreislauftheorien, die die gängige Lehrmeinung der Ökonomie bspw. in den USA sind, akzeptiert - Rentenkürzungen negative Auswirkungen auf die Konjunktur und damit auf die Arbeitslosigkeit.

6. in Relation zum Bruttosozialprodukt stellen die 8 Mrd. Euro, die jetzt zu finanzieren sind eher einen geringfügigen Betrag ohne große Beschäftigungsrelevanz dar, zumal manches sich grenzüberschreitend (z.B. Auslandsreisen, Teile des Konsums) und nicht nur im Inland auswirkt.

Man kann sich durchaus darüber streiten, wie groß der negative Effekt der Rentenkürzung auf die Konjunktur ist. In der Tat sind die direkten Auswirkungen relativ gering. Es gibt jedoch indirekte Auswirkungen der Kürzung auf die Konjunktur, insbesondere dadurch, dass die jetzt Erwerbstätigen vermehrt sparen werden, um trotz der Kürzung des Rentenniveaus ihren Lebensstandard im Alter halten zu können. Dass dieser Spareffekt existiert, hat sich nach der letzten Rentenniveauabsenkung durch die "Riester-Reform" 2001 gezeigt, ebenso, dass das vermehrte Sparen der ArbeitnehmerInnenhaushalte massiv die Konjunktur beeinträchtigt hat. In dieser Folge liegt die größte Gefahr der Rentenkürzung.

7. Auch wenn Durchschnittswerte der Arbeitskosten in Deutschland nur ein hohes, aber kein extremes Niveau aufweisen, geht der Prozess der Produktionsverlagerungen ins Ausland

mit seinen Rückwirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt ungebrochen weiter, da die Hürden der Niedriglohnländer immer niedriger werden. Ein Blick auf unseren Erlanger Siemenskonzern könnte diesen Prozess plastisch machen.

Niemand bestreitet, dass es Verlagerung insbesondere, aber nicht mehr nur von geringqualifizierten Tätigkeiten ins Ausland gibt. Allerdings wird der Umfang in der Diskussion gerne - wie auch hier der Fall - überzeichnet. Es ist auch eine utopische Vorstellung, dass Deutschland jemals durch Lohnkostensenkungen das Lohnniveau der Niedriglohnländer erreichen könnte, zumindest nicht ohne erhebliche Verluste beim Lebensstandard. Deshalb ist die - auch wegen der Lohnkosten - sehr hohe Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten nur zu bekämpfen durch Qualifizierungs- und Bildungsoffensiven; im Hochqualifizierten Bereich ist Deutschland aufgrund hoher Produktivität bei den Lohnkosten nämlich durchaus konkurrenzfähig - die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft zeigen dies eindrucksvoll.

8. Wegen der weitgehend unbegrenzten Kapitalmobilität über die Grenzen hinweg funktionieren Instrumente, die eine Lastenverteilung hin zu besser Situierten erreichen, leider sehr schlecht.



Florian Janick stellt auf der KMV die unterschiedlichen Positionen zum Bundesparteitag dar

Diese These stellt eine Kapitulation der Politik vor der angeblich unbegrenzten Kapitalmobilität dar. Diese Kapitulation ist aber unnötig. In der Tat haben in letzter Zeit viele Gutverdienenden versucht, durch Wegzug ins Ausland keine Steuern zahlen zu müssen. Dies ließe sich aber abstellen, in dem Einkommen immer dann besteuert würde, wenn es in Deutschland entsteht (d.h. jemand, der in Frankreich wohnt, aber in Deutschland Geld verdient, müsste künftig in Deutschland und nicht mehr in Frankreich Steuern zahlen). Doppelbesteuerung ließe sich in diesem Modell durchaus vermeiden. Im Übrigen ist Kapital - mit Ausnahme von Geldanlagen - keineswegs so mobil, wie immer behauptet wird, eine Immobilie in Deutschland (oder auch eine Maschine) lässt sich nicht (oder nur zu hohen Kosten) ins Ausland transportieren, weswegen Mehrbelastungen nicht automatisch zu Kapitalflucht führen.

9. Steuererhöhungen sind in Zeiten schlechter Konjunktur ein Gift gegen den Aufschwung; alternative Konzepte der Finanzierung wie z.B. Schuldenaufnahme sind auf ihre Verträglichkeit mit europäischem Regelwerk hin abzuklopfen.

Steuererhöhungen sind nicht an sich Gift für die Konjunktur. Gift für die Konjunktur sind nur die Erhöhungen, die zu Lasten der Masseneinkommen gehen, bspw. im unteren Bereich der Lohn- und Einkommenssteuer und bei der Mehrwertsteuer. Solche Steuererhöhungen fordert aber gerade auf der Linken niemand. Was gefordert wird, ist die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung von Unternehmenssteuern (die, wegen der durch die Beibehaltung der Staatsausgaben und den Wegfall des Angstsparens bedingten Nachfragesteigerung, keine negativen Auswirkungen auf die Investitionsneigung haben werden) und die Erhöhung der Einkommenssteuer im oberen Bereich, wo kaum negative Auswirkungen auf den Konsum zu erwarten sind (sonst hätten die massiven Steuersenkungen der letzten Jahre ja zu starkem Wirtschaftswachstum führen müssen, was ganz eindeutig nicht der Fall war).

Neuverschuldung ist, so lange die Wirtschaftskrise andauert, ganz sicher

auch ein akzeptabler Weg, Staatsausgaben zu finanzieren. Die Vereinbarkeit mit europäischem Regelwerk ist zum Teil gegeben (das 3-Prozent-Kriterium darf überschritten werden, wenn Rezession droht); es ist aber auch unumstritten, dass die Schuldenregelungen des Stabilitätspakts keine ökonomische Rechtfertigung haben. Eine Revision der Klausel - z.B. mit dem Inhalt, dass über den gesamten Wirtschaftszyklus die Neuverschuldung nicht höher liegen darf als das BIP-Wachstum - ist also durchaus sinnvoll.

10. Im Übrigen: es wäre schön, wenn Wirtschaft so einfach wie beschrieben

funktionieren würde, grau grau ist manche Theorie...

Sicherlich hat der Rentenanspruch wirtschaftliche Zusammenhänge vereinfacht; in einem Antrag lässt sich nicht das ganze Ausmaß der Wechselwirkungen in der Wirtschaft darstellen. Dies ändert aber nichts daran, dass die beschriebenen Zusammenhänge und Wirkungen bestehen. Sie sind empirisch anhand der Politik der letzten Jahre nachprüfbar und in der internationalen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion auch allgemein anerkannt. Es besteht also kein Grund, die Annahmen des Antrages zu revidieren.

Anmerkung von Axel Graemer zum Leserbrief des JuSo-Unterbezirkschefs Andreas Richter, gleichzeitig als "Friedensbeauftragter im Kreisvorstand der SPD Erlangen" tätig,

(Erlanger Nachrichten, 31.10.2003, Seite 12)

In diesem Leserbrief heißt es im vierten Absatz:

"Pommerening, der Regisseur der "Wölfe" zeigt darüber hinaus, dass er mit Kritik nicht umgehen kann. Er ließ an eine seiner Kritikerinnen ein Abmahnungsschreiben über weit mehr als 400 Euro schicken. Die juristische Vertretung übernimmt dabei der Erlanger Anwalt Axel Graemer."

Beim Abfassen des Leserbriefes hat der Unterbezirksvorsitzende der Jusos und Friedensbeauftragte ganz schlecht recherchiert. Es wäre wohl wünschenswert gewesen, dass Andreas Richter den von ihm zitierten Anwalts - Brief auch gelesen hätte, denn dann wäre ihm dieser Missgriff nicht passiert:

Als Regisseur kann Herr Marc Pommerening sehr gut mit Kritik umgehen, schon von Berufs wegen. Er muss sich aber nicht gefallen lassen, dass er von einer der vorgeblichen "Kritikerinnen" in die Nazi-Ecke gestellt wird und dass öffentlich behauptet wird, er gehöre einer rechtsradikalen Organisation an.

Es ist das gute Recht eines jeden, sich gegen Verleumdung, üble Nachrede und Beleidigung zur Wehr zu setzen.

Nichts anderes habe ich im Auftrag des Regisseurs in Ausübung meines Berufes getan.

Das ist auch der wesentliche Inhalt besagten Abmahnungsschreibens, dem eine Unterlassungserklärung beigelegt war. Dieser Brief war notwendig, um einen Beitrag zur Rückkehr zur Sachlichkeit in der Auseinandersetzung um die "Wölfe" zu leisten. Er hat seine Wirkung nicht verfehlt, wie sich gezeigt hat.

Es drängt sich mir aber auch bis zum heutigen Tage der Verdacht auf, dass die Nennung meines Namens in diesem Zusammenhang durchaus in voller Absicht geschehen ist, nämlich um zu versuchen, auch mich - nach dem selben Strickmuster, wie das die angeblichen "Kritikerinnen" tun - in die Nähe von "Nazi - Sympathisanten" zu rücken. Es ist schon sehr befremdlich und ärgerlich, von eigenen Parteigenossen in der Öffentlichkeit auf so eine Art und Weise diffamiert zu werden. Ich finde, dies ist ein miserabler Stil, den ich nicht billigen kann.

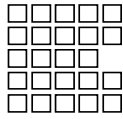
Es ist erstaunlich, dass der Kreisvorstand, für den sein Friedensbeauftragter geschrieben hat, bislang keinerlei Reaktion zeigt.

Axel Graemer,
Stadtrat und Rechtsanwalt



SPD im Stadtrat Erlangen

Fraktion



Gisela Niclas

Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion

Im Rahmen der Haushaltsberatung stellte die SPD-Fraktion nachstehenden Antrag

Grünes Sofa

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, das Grüne Sofa als Treffpunkt und Selbsthilfegruppe für Alleinerziehende muss weiterbestehen, die Betreuung- und Beratungsarbeit durch eine hauptamtliche Teilzeitkraft muss weitergeführt werden. Es ist in den letzten Jahren zur unverzichtbaren Anlaufstelle für viele alleinerziehende Frauen aus der Stadt und dem Landkreis geworden.

Das Jugendamt wird daher beauftragt, möglichst bis zum Ende des 1. Quartals 2004 gemeinsam mit dem Sozialamt, dem kirchlichen Träger, dem Landkreis ERH und der Universität eine Konzeption zu erarbeiten, die die bisherigen Erfahrungen des Grünen Sofa und die Erfahrungen aus der Arbeit der Mutter-Kind-Gruppen verbindet.

Die Interessen der bisherigen Stelleninhaberinnen sollen berücksichtigt werden.

Eine mögliche gemeinsame Finanzierung durch den kirchlichen Träger, dafür in Frage kommende Stiftungen, die Stadt Erlangen und den Landkreis Erlangen-Höchstadt sowie der Universität ist zu überprüfen.

In diesem Zusammenhang ist aufzuzeigen, inwieweit Finanzierungsmöglichkeiten, z.B. im Unterabschnitt 4700 des Budgets des Sozialamtes und des Jugendamtes bestehen.

Mit freundlichen Grüßen

Gisela Niclas Norbert Fuchs

Über die

Information der Bürgerinnen und Bürger bei der Errichtung von Mobilfunkanlagen im Stadtgebiet durch die Stadt Erlangen

hat sich die Fraktion in einem Schreiben an den Oberbürgermeister gewandt.

Durch die jüngsten Ereignisse um die Errichtung eines Mobilfunkstandortes in Kriegenbrunn zeigte sich, dass die Bürgerinnen und Bürger aktiv einbezogen werden müssen, um

- Bedenken und Ängste sachlich aufarbeiten zu können.
- Vertrauensverluste gegenüber der Politik zu verhindern und die aktive Bürgermitwirkung zu fördern.
- zügige Verfahren sicher zu stellen.

Anknüpfend an die Diskussion in der letzten Legislaturperiode des Stadtrates, setzt sie sich erneut für eine **qualifizierte Bürgerbeteiligung** ein.

Über alle Vorhaben zur Errichtung eines Mobilfunkstandortes, von denen die Stadt Erlangen Kenntnis erhält, bzw. die sie zu genehmigen hat, werden die Bürger und Bürgerinnen rechtzeitig und angemessen - d.h. in gleicher Weise wie über Einladungen zu Bürgerversammlungen - informiert.

Bei Einwänden gegen vorgeschlagene Standorte wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit den betroffenen BürgerInnen und den Netzbetreibern nach Alternativstandorten zu suchen.

In den Einzelfällen, in denen sich Bewohnerinnen und Bewohner mit eindeutiger Mehrheit explizit gegen die Errichtung von Mobilfunk-Antennen in und für ihren Bereich aussprechen, wird die Stadt

Erlangen keine Grundstücke oder Gebäude als Mobilfunk-Antennenstandorte zur Verfügung stellen. Die Tochterunternehmen der Stadt (GeWoBau, ES+W, EKM, ...) werden aufgefordert, ebenso zu verfahren.

Gisela Niclas

Robert Thaler

Florian Janik

Optimierung des ÖPNV bei den Siemens-Standorten

Seit Oktober dieses Jahres gewährt die Firma Siemens ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Zuschuss von 10% auf das Jahresabo für den VGN. Mit dieser sehr erfreulichen Regelung versucht der größte Arbeitgeber in Erlangen, die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel attraktiver zu machen und dadurch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Umsteigen auf den ÖPNV zu bewegen. Davon profitiert nicht nur die Firma Siemens in Bezug auf die Kosten für die Parkraumbewirtschaftung, sondern auch die Stadt Erlangen durch weniger Individualverkehr und bessere Auslastung der Busse. Um diese Aktion zum Erfolg zu führen, bedarf es neben dem finanziellen Anreiz jedoch auch Verbesserungen im Angebotsbereich.

Die Fraktion beantragt daher, dass die Erlanger Stadtwerke eventuelle Wünsche der Siemensmitarbeiter an ein verbessertes Busangebot eruiert und die Möglichkeit der konkreten Umsetzung prüft. Besonderes Augenmerk soll darauf gerichtet werden, ob die Lage der Haltestellen und die Routenführung der Busse zu den einzelnen Siemensstandorten optimiert werden kann. In die Eruiierung und Prüfung soll auch das Angebot des ÖVF eingeschlossen sein.

Verhältnis Distrikt Anger zum Kreisverband

Der Distrikt Anger hat Fragen und Aussagen dem GKV vorgelegt, der diese jetzt beantwortet hat

Fragen

In der Diskussion um die Angersanierung in den Jahren 1998 bis 2000 wurde unseren Vertretern im Kreisvorstand kein Gehör geschenkt und die Meinungen aus dem Distrikt ignoriert, teilweise wurden wir als Lügner bezeichnet.

Am 03.07.2000 wurde unser Angerstadtrat Harald Walter im Kreisvorstand in seiner Person massiv angegriffen und ihm vorgeworfen er gehe in einer Woche zur CSU.

Im Jahr 2001 wurde unser Distriktsvertreter Michael Meil von der Mitgliederversammlung nicht in den Kreisvorstand gewählt (ohne Begründung)

Im Jahr 2001 wurde der Distrikt Anger (Stammwählerbezirk) auf der Liste für die Kommunalwahl erst auf Platz 19 und somit von allen Distrikten zuletzt berücksichtigt. Andere Distrikte wurden bis Platz 18 mehrfach berücksichtigt.

Vorschläge für den Kommunalwahlkampf z. B. von Heiner Merkel wurden nicht berücksichtigt.

Im Herbst 2002 wurde dem Distrikt vorgeworfen nicht ausreichend Wahlkampf gemacht zu haben, trotzdem alle Mitglieder sich vorbildlich eingebracht hatten. Es wird sogar behauptet der SPD-Distrikt Anger habe Flugblätter geklaut.

Nachdem wir nun keinen eigenen Stadtrat mehr haben, wurde ein Betreuungsstadtrat der SPD-Fraktion gewählt. Dieser ist seitdem nicht mehr im Distrikt erschienen.

Anfragen der Distriktsmitglieder an die Fraktion werden nicht beantwortet

Angeforderte Referenten/-in aus der Fraktion erschienen nicht oder entschuldigten sich mit dem Vermerk: " wir können unsere Infos aus den Erlanger Nachrichten beziehen"

Schriftliche Nachfrage zu Pkt 9 an Fraktion, KV und Referent/-in bleibt unbeantwortet.

Im April 2003 wurden von uns für den Kreisvorstand Michael Meil und Henning Nürnberg benannt (trotz intensiver Suche nach einer Frau konnte keine gefunden werden). Dieser Vorschlag wurde von der KMV abgelehnt.

Anworten des GKV

Die Angersanierung war des öfteren Schwerpunktthema der KV. Regelmäßig wurde über den laufenden Sachstand berichtet. Die Fraktion hat in umfangreichen Maße in einer Reihe von Anträgen die Interessen des Anger in die Ausschussberatungen des Stadtrates eingebracht. Die angeführten Punkte entsprechen unseres Erachtens nicht den Tatsachen.

Dies war die von einem Mitglied geäußerte Meinung, die nichts mit dem Distrikt Anger zu tun hatte. Im übrigen war dieser Vorwurf auch Thema in der Findungskommission und wurde nicht zuletzt durch die Platzierung Harald Walters auf der Stadtratsliste eindeutig ausgeräumt.

Die KMV ist oberstes Beschlussorgan der Partei und als solche souverän. Die entsprechende Entscheidung wurde dennoch seinerzeit vom Kreisvorsitzenden Wolfgang Vogel bedauert und mit dem Appell verbunden, dem Vorschlagsrecht eines Distriktes Rechnung zu tragen. Die Distriktsvertretung ist zwischenzeitlich geklärt (siehe unten)

Die Liste wurde einstimmig von der Findungskommission beschlossen (mit der Stimme des Anger-Vertreters H. Walter). Die Reihung wurde auf der KMV in Frauenaurach vorgenommen; der Distrikt hätte jederzeit die Möglichkeit gehabt, sich um eine bessere Platzierung seiner Kandidaten zu bemühen.

Die WKL hat den Quiz-Vorschlag von H. Merkel geprüft und als im Finanzierungskonzept des Wahlkampfes nicht realisierbar bewertet. Vorschläge von H. Merkel, das Stadtteil-Quiz anstatt des Kandidatenprospektes zu realisieren wurden von der Wahlkampfleitung nicht befürwortet. Alternative Vorschläge (z.B. Quiz beim Infostand) wurden von H. Merkel abgelehnt.

Evtl. bezieht sich dieser Vorwurf auf den Herbst 2001? Hier wurde in der Tat mit Verweis auf eigenständige Verteilaktionen einzelner Kandidatinnen auch Kritik geübt - aber nicht pauschal am Wahlkampf des Distrikts. Der Flugblätter-Vorwurf bezog sich wohl auf eine Publikation, die der Distrikt auf SPD-Papier - ohne Wissen der WKL - im Anger verteilt hatte. Falls so geäußert handelte es sich um eine Einzelmeinung.

Fred Milzarek konnte als Betreuungsstadtrat auf Grund von Terminüberschneidungen nicht immer bei Distriktsitzungen anwesend sein. Das weitere Verfahren bzgl. Terminüberschneidungen, Präsenz etc. , wurden durch bessere Koordination zwischenzeitlich geklärt.

Ist dies der Fall, dann ist es bedauerlich und muss verbessert werden. Die Fraktion ist informiert.

Das Problem war, dass die Distriktsversammlung des Anger auf den Tag gelegt wurde, an dem (seit April 2002 bekannt) eine KV-Sitzung angesetzt war, auf der die Referentin sprechen musste. Solche Überschneidungen sollten also im Vorfeld vermieden werden. Der Hinweis auf die EN bezog sich auf die Tatsache, dass es über das hinaus, was in der Zeitung stand, keinen neuen Informationsstand gab.

Hier besteht Klärungsbedarf, welche Anfrage wann gestellt wurde.

Die KMV hat auf Grund der Satzung den Vorschlag des Distrikts nicht zur Abstimmung gestellt, sondern an den Distrikt zurück verwiesen. Dieses Problem hatte auch der Distrikt Frauenaurach. auf einer KMV wurde dann entschieden, dass in diesem Fall nur ein Platz im KV besetzt werden kann. Der Anger ist hier nicht benachteiligt. Es geht um die generelle Anwendung der Satzung des Kreisverbandes.

Um überhaupt im Kreisvorstand vertreten zu sein wurde im Beisein des Distriktsreferenten Hans Hauer Genosse Harald Walter (Distriktsvorsitzender) gewählt, um interimsmäßig (bis zur Klärung von Punkt 7) den Distrikt im Kreisvorstand zu vertreten. Dies wurde von der KMV ebenfalls abgelehnt.

Der Distrikt ist somit weder in der Fraktion noch im Kreisvorstand vertreten, wird in seiner Arbeit behindert und es wird versucht dessen Ansehen und das einzelner Mitglieder zu beschädigen.

Die KMV ist oberstes Beschlussorgan der Partei und als solche souverän. Die Angervertretung ist zwischenzeitlich geklärt. Harald Walter wurde im September (im zweiten Wahlgang) gewählt.

Der Distrikt ist im KV vertreten. Es gibt einen Betreuungsstadtrat der Fraktion. Zusätzlich wird Harald Walter als erster Nachrücker der Fraktion zu allen Fraktionssitzungen eingeladen und erhält alle Infos, die den SPD-Stadträten über das Fraktionsbüro zugeleitet werden. In den letzten 1 ½ Jahren war H. Walter 2x bei Fraktionssitzungen (für jeweils ca. ½ Stunde) anwesend

Kriegsdienst-Verweigerung

Endlich: Einheitliches Anerkennungsverfahren

Am 1. November tritt das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Kriegsdienst-Verweigerung (KDVNeuRG) in Kraft. Es schafft endlich für alle Kriegsdienst-Verweigerer ein einheitliches Verfahren für die Anerkennung.

Dafür ist künftig nur noch das Bundesamt für den Zivildienst zuständig. Die bisherigen Aus-

schüsse und Kammern für Kriegsdienst-Verweigerung entfallen also ersatzlos. Soldatinnen und Soldaten sowie gediente Wehrpflichtige werden nicht gedienten Wehrpflichtigen gleichgestellt.

Die Anerkennung als Kriegsdienst-Verweigerer muss ab November nur noch schriftlich beantragt werden. Dazu gehört ein tabellarischer Lebenslauf und eine persönliche ausführliche Darlegung der Beweggründe für die Gewissens-Entscheidung. Ein Führungs-Zeugnis wird nicht mehr verlangt. Wer allerdings noch vorher anerkannt werden möchte, muss dieses Zeugnis noch vorlegen.

Unternehmen der Finanzgruppe

Stadt- und Kreissparkasse
Erlangen

Maestro

Ein Service,
der Sie keinen
Cent kostet!

Rund um die Uhr

**AKTIVSPAREN -
DAS NEUE SB-SPARKASSENBUCH**


SPARKASSE ERLANGEN
www.sparkasse-erlangen.de

Rund um die Uhr Spar-Kontoauszüge und Bargeld vom Aktivsparen-Konto mit Ihrer SparkassenCard. Da macht Sparen Spaß. Wenn's um Geld geht - Sparkasse

Tag des offenen Denkmals in Erlangen 14.9.2003

Wohnen und Arbeiten im Baudenkmal

Beitrag Dr. Dietmar Hahlweg "Leben im Denkmal"

Seit 1993 ist der Tag des offenen Denkmals der deutsche Beitrag zu einer euro-päischen Initiative, den "European Heritage Days".

Mit mehr als 45 Ländern beteiligen sich inzwischen fast alle europäischen Länder an diesem wichtigen Kulturereignis, das jedes Jahr im September unter der Schirmherrschaft des Europarates stattfindet.

Ich spreche hier auf Bitte des Ortskuratoriums Erlangen der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, dem ich unter der engagierten Führung von Herrn Weller zusammen mit Frau Pia Tempelmeinersberger, Frau Karin Rokosch, Herrn Bundesminister a.D. Dr. Dieter Haack und Herrn Rudolf Schnellhammer angehöre.

Der Tag des "Offenen Denkmals" ist auch in Erlangen inzwischen zu einer festen und immer mehr Zuspruch findenden Tradition geworden.

Sicher ist dies das Ergebnis einer sehr konstruktiven Zusammenarbeit der Hauptbeteiligten Stadt Erlangen, Heimat- und Geschichtsverein und Ortskuratorium mit den jeweiligen Jahrespartnern wie dieses Jahr unsere Universität oder in zurückliegenden Jahren mit Siemens oder unseren Schulen.

Denkmalschutz ist natürlich nicht erst seit 1993 ein wichtiges Thema.

Bei allen Verlusten an Denkmälern wäre nicht soviel Denkmalwürdiges erhalten, wenn es nicht seit jeher dafür aufgeschlossene Hauseigentümer und fachlich und politisch Verantwortliche gegeben hätte.

Aber auch früher sind es schon vor allem engagierte Vereine, Bürgergruppen und Einzelkämpfer gewesen, die durch beharrliches kompetentes Mahnen oder notfalls auch durch lautes Protestieren sich für den Denkmalschutz eingesetzt haben und so auch

immer wieder vom Abbruch bedrohte wertvolle Denkmäler retten und beim Scheitern wenigstens die Bedeutung des Verlustes bewusst machen konnten.

In Erlangen hat sich hier der Heimat- und Geschichtsverein seit seiner Gründung im Jahr 1919 besondere Verdienste erworben, desgleichen ab 1970 die Bürgerinitiative Nördliche Innenstadt, heute der "Arbeitskreis Innenstadt" des Vereins.

Aus dem Kreis der früheren engagierten Einzelkämpfer nenne ich mit Respekt und Dankbarkeit Eduard Rühl, Ernst Deuerlein und Herbert Menhofer.

Aus unserer Zeit verdienen es der Apotheker Bernd Nürnberger und der Pädagoge Horst Gabbert hier besonders hervorgehoben zu werden.

Seit über 30 Jahren setzen sich die beiden ehrenamtlich ebenso kompetent wie leidenschaftlich und in vielen Fällen auch erfolgreich für den konkreten Denkmalschutz ein, Bernd Nürnberger mit dem Schwerpunkt Stadt Erlangen, Horst Gabbert sowohl als Stadt- wie auch als Kreisheimatpfleger im gesamten Erlanger Raum.

Leben im Denkmal

Mit meinem Thema "Leben im Denkmal" beziehe ich neben dem diesjährigen Schwerpunkt "Wohnen und Arbeiten im Denkmal" auch das letztjährige Thema, "Historische Plätze in Erlangen" nochmals mit ein.

Warum ?

Einmal will ich damit bewusst machen, dass Erlangen zu den Städten gehört, in denen die gesamte historische Innenstadt sozusagen als Gesamtkunstwerk unter Denkmalschutz, präziser gesagt, unter Ensembleschutz steht.

Zum zweiten will ich damit neben dem Wohnen und Arbeiten in einzelnen Denkmälern auch den Öffentlichen Raum, also die Straßen Stadtplätze, mit ansprechen.

Es sind dies die Räume, die viele von uns nutzen, ob wir in der historischen Innenstadt wohnen und auswärts arbeiten oder auswärts wohnen und innen arbeiten, zu Besuch in der Stadt sind, z.B. im großen Universitäts-Klinikum, zum Einkaufen oder zum Ausgehen.

Es sind dies die Räume, die wir täglich, öfter mal oder nur gelegentlich und selten entweder achtlos, weil ja bekannt, durcheilen, oder aber in Muße in uns aufnehmen, bewusst oder unbewusst gute Gefühle des Vertrautseins und der Geborgenheit empfinden, uns vielleicht sogar erfreuen am vertrauten Gesicht der Stadt wie man sich über das Wiedersehen eines vertrauten menschlichen Gesichtes freut.

Das klingt etwas pathetisch - ist so aber durchaus gewollt.

Ich möchte uns damit bewusst machen, wie wichtig das individuelle Gesicht unserer Stadt, das ästhetische Zusammenspiel von Altem und Neuem, von Bauten und Plätzen, von Befestigtem und Natürlichem ist, - wie stark es unser eigenes Gefühl und Befinden prägt, die wir im Erlanger Raum ständig leben wie auch das Bild, dass sich die vielen der vorübergehenden oder auch nur ganz kurzfristigen Besucher aus dem In- und Ausland von unserer Stadt machen und mitnehmen.

Zur Unverwechselbarkeit Erlangens

Was macht Erlangen - neben seinen modernen Gebäuden und Stadtteilen, die auch andernorts sein könnten,

unverwechselbar, was gibt ihm seine Individualität, was zeigen wir Gästen unserer Stadt ?

Da sind einmal die drei Innenstadtkirchen, die die Stadtsilhouette prägen.

Da ist das Schloss mit Schlossgarten, Orangerie, Redoutensaal und Markgrafentheater.

Und da ist die im Kern markanteste und kulturhistorisch bedeutendste, aber doch eher etwas schwierig vermittelbare barocke Hugenottenstadt, mit Ihrem strikt rechtwinkligen Straßennaster, den Plätzen und den einheitlichen Straßenzügen. Nach Darstellung von Andreas Jakob im Stadtlexikon "eine der am besten erhaltenen barocken Planstädte in Deutschland und damit als solche ein Denkmal von europäischem Rang".

Veränderungsdruck/Gefährdungen/Bewahrende Erneuerung

Gerade auch angesichts des explosionsartigen Wachstums Erlangens nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich unsere Stadt bei allen schmerzlichen Verlusten im Großen und Ganzen seine historisch gewachsenen Individualität bewahrt, ein gut Teil der Gefährdungen abgewehrt und durchaus Erfolge bei der fälligen "erhaltenden Erneuerung der Erlanger historischen Stadt ..." (s. hierzu Bernd Nürnberger, in Erlanger Bausteine zur Fränkischen Heimatforschung Band 42, 1994) erzielt.

Hierzu einige Beispiele aus der älteren und jüngeren Vergangenheit:

Bedroht waren für uns heute unverzichtbare Gebäude.

Um mit der Orangerie zu beginnen. Ende des 19. Jahrh. sollte sie abgebrochen werden und dafür ein chemisches Institut entstehen. Eine Bürgerinitiative verhinderte dies 1898.

In den 50er Jahren war das Markgrafentheater vom Abriss bedroht. Der ansonsten hochverdiente Oberbürgermeister Poeschke war als sparsamer Stadtvater wegen der hohen Instandsetzungskosten strikt für Abbruch, seine eigene SPD-Fraktion mit Peter Zink an der Spitze - glücklicherweise ebenso strikt dagegen.

Und auch unser Redoutensaal, laut Stadtlexikon eine "kulturgeschichtliche Rarität besonderer Art", soll mal als Standort für eine neue Konzerthalle und das angrenzende Areal bis zur Schiffstraße als Parkhaus im Gespräch gewesen sein.

Bedroht war die Maßstäblichkeit der Erlanger spezifischen barocken Straßenzüge.

Wegen der wachsenden Raumannsprüche entschloss man sich in den 60iger Jahren in der gesamten historischen Stadt eine dreigeschossige Bebauung anstelle der bis auf die Rhythäuser vorherrschenden zweigeschossigen Bauweise zuzulassen.

Glücklicherweise wurde davon - bis zur eiligen Korrektur Anfang der 70iger Jahre - relativ wenig Gebrauch gemacht, so dass heute die meisten historischen Straßen wie z.B. die Goethe- oder die Friedrichstraße, trotz einiger bedauerlicher Ausreißer, das ursprüngliche barocke Erscheinungsbild bewahrt haben.

In diesem Zusammenhang ist die in den 60iger Jahren mit viel Mut und Kraftaufwand erreichte Innenstadterweiterung Neuer Markt mit Rathaus, Stadthalle und großem Einkaufsbereich von Bedeutung. Durch sie wurde der Nutzungs- und Veränderungsdruck in der historischen Innenstadt doch merklich verringert.

Bedrohung des historischen Straßennasters und der Lebensqualität durch den wachsenden Verkehr und angedachte "Lösungen"

In den 60 Jahren plante man, den auch in der historischen Innenstadt ständig wachsenden Nord-Süd und Ost-West Verkehr mit zwei Einbahnstraßenpaaren zu bewältigen.

Dies einmal in Nord-Süd Richtung mit gegenläufigen Einbahnverkehren in der Hauptstraße und in der Goethestraße. Dabei hätte die Goethestraße nach Norden im Bereich der im barocken Stadtgrundriss bewusst geschlossenen Ecke Goethestr. Heuwaagstraße weitergeführt werden und das sogenannte Richtersche Eck damit tiefgreifend verändert werden müssen.

Zum Zweiten sollten im Ost-Westverkehr die Neue Straße und die Vierzig-

mannstraße zu gegenläufigen Einbahnstraßen werden, was die Verlängerung der Vierzigmannstraße bis zur Palmsanlage über das heutige Universitäts-Nordgelände hinweg bedeutet hätte.

Diese Planungen wurden zu Beginn der 70iger Jahre im Rahmen der Entwicklung eines neuen Verkehrskonzeptes für die nördliche Innenstadt verworfen. Durch die westlichen Umfahrungsalternativen Friedrich-List Str. und Frankenschneidweg/A 73 wurde es möglich, den Straßenzug Nürnberger Str./Hauptstr. teils als verkehrsberuhigten Bereich, teils als Fußgängerzone auszuweisen; desgleichen zahlreiche Innenstadtstraßen wie z.B. die Untere Karlstr., die Schiffstr. und die Theaterstraße.

Auch wenn das Problem der starken Verkehrsbelastung der Neuen Str. bis heute nicht befriedigend gelöst werden konnte, wurden durch diese Planänderungen nicht nur ein äußerst schmerzlicher Eingriff in die barocke Stadtstruktur am "Richterschen Eck" verhindert, sondern neben den Rahmenbedingungen für Handel und Wandel vor allem auch die Lebensqualität fürs Wohnen in der historischen Stadt verbessert.

Bedrohung der Erlanger Plätze durch Parkverkehr

Im Zuge des zunehmenden Parkdrucks wurden im Laufe der 50iger und 60iger Jahre nahezu alle Erlanger Plätze zunehmend zu Parkplätzen, so Hugenottenplatz, Schlossplatz, Neustädter Kirchenplatz, Teile Bohlenplatz, Altstädter Kirchenplatz, Martin Lutherplatz, Bahnhofsplatz.

Bis auf den Martin Lutherplatz, (er ist jetzt erfreulicher Weise im Umbau) konnten die vorgenannten Plätze in den 70iger und 80iger Jahren alle vom Parken befreit und bürgerfreundlich umgestaltet werden, wie auch wichtige Altstadtstraßen, so z.B. Schiff- und Cedernstr., Theater- und Glockenstraße.

Bedauerliche Verluste - unbefriedigende Lösungen

Ich will und muss hier aber auch Beispiele für bedauerliche Verluste und für unbefriedigende Lösungen nennen:

In der Hauptstraße ist dies einmal die Ecke Heuwaagstr., wo das Kindlersche Haus mit dem Adlerwappen abgebrochen wurde und stattdessen ein seeleloser Dreigeschossbau entstand. Weiter nördlich an der Ecke Kuttlerstr., blieb zwar im Zuge des Baues des Altstadtmarktes die Fassade des alten Henninger Gebäudes erhalten, die Gesamtgestaltung kann aber nicht befriedigen.

Herbe Verluste an denkmalwürdigen Einzelgebäuden häuften sich im Jahr 1978: So fielen die historischen Häuser an der West- und der Ost-Ecke Neue Str./Harfenstraße mit teils gestalterisch sehr problematischen Nachfolgebauten und es wurde das 4 stöckige stadtbildprägende Gebäude aus der Zeit der Jahrhundertwende an der Ecke Nürnberger Str./Henkestr. abgebrochen.

Vor allem Heimatverein und Bürgerinitiative nördliche Innenstadt kritisierten dies scharf, u.a. mit Plakaten "Erlangen ist hässlicher geworden" oder "Abbruch aus Tradition", auf denen die Verluste an Hand von Bildern der breiten Öffentlichkeit drastisch vor Augen geführt wurden. Die Kritik tat weh, weil sie im Kern berechtigt war.

Besonders bedauerlich war auch der Abbruch der sog. Thalerei und des anschließenden Gebäudes Ecke Innere Brucker Str./Goethestr. Anfang der 70iger Jahre. Wertvolle, stadtbildprägende Bausubstanz ging damit verloren, und mit der Thalerei zudem ein Mitte der 60iger Jahre engagiert gestartetes Model einer Ateliergemeinschaft bildender Künstler. Auch hier kann das dreigeschossige Nachfolgegebäude gestalterisch leider in keiner Weise befriedigen.

Erwähnen möchte ich schließlich ein Bauwerk, durch das in Erlangens Silhouette in den 80iger Jahren herb eingegriffen worden ist, nämlich den Kamin der Erlanger Stadtwerke. Dies trotz intensivsten Bemühens um eine möglichst stadtbildverträgliche Lösung im Erlanger Baukunstbeirat. Die Betonummantelung der drei Innenröhren wur-

de als die verträglichste Lösung angesehen. Als der mächtige Betonschaftgen Himmel wuchs, neigte auch ich zu der Meinung, dass die rein technische Variante die für das Stadtbild doch wohl bessere gewesen wäre.

Zurück zum Erfreulichen - Leben im Denkmal

Die zeitweise gefährdeten, uns aber dann doch erhalten gebliebenen Bauwerke, Straßen und Plätze - heute können wir uns ein Leben und Wohlfühlen in unserer Stadt ohne sie nicht mehr vorstellen:

Den Schlossgarten, (wo es in den vielen Jahrzehnten immer wieder Bauwünsche gab) - unser grünes Herz, unser Bürgerpark, Ort herrlicher Veranstaltungen wie Schlossgarten- und Poetenfest.

Das Markgrafentheater, mit seiner immer wieder bezaubernden Atmosphäre, die Veranstaltungen jeder Art, ob kultureller oder gesellschaftlicher Art allein schon vom Raum her zum Ereignis macht.

Zusammen mit dem Markgrafentheater und dem Redoutensaal das Ambiente in der Theaterstraße und der Schiffstr. bis hinauf zum Altstädter Kirchenplatz, das nicht nur unseren Alltag bereichert, sondern sich auch als idealer Veranstaltungs- und Verweilraum in der inzwischen ebenso beliebten wie erfolgreichen "Festivalstadt" Erlangen bewährt hat.

Ähnlich positiv die Rückgewinnung der Plätze für das Leben im Denkmal, das Leben in unserer Stadt: So Weihnachtsmarkt, Marktplatzfest und die vielen kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Veranstaltungen auf dem Schlossplatz, intimere kleine Feste und Basare auf dem Neustädter Kirchenplatz, der beliebte allmonatliche Trödelmarkt auf dem Bohlenplatz sowie Bürgerfeste, Theatervorstellungen und Konzerte auf dem Altstädter Kirchenplatz.

Das ganz besonders erfreuliche dieser Entwicklung: Die historische Innenstadt ist auch wieder ein beliebter Wohnstandort, gerade auch für Familien mit Kindern.

Schlussbemerkung

Mit Städten ist es wie im persönlichen Leben. Das Beständigste ist der Wandel, die Veränderung. Das gilt natürlich auch für unser Erlangen. In diesem Veränderungsprozess ist, wie ich aufzeigen konnte-, immer wieder auch Ererbtes gefährdet, droht Wertvolles verloren zu gehen.

Daraus sollten wir Konsequenzen ziehen. Wir sollten als Bürger bei allen Veränderungen, die das kulturelle Erbe, das Gesicht und die Lebensqualität unserer historischen Stadt betreffen, ganz besonders aufmerksam und kritisch mitdenken, engagiert den Dialog mit den Entscheidern suchen und erforderlichenfalls auch vernehmlich protestieren, wie dies 1898 die Bürger erfolgreich beim Kampf um den Erhalt der Orangerie getan haben.

Ich plädiere damit auch für eine stete konstruktive Auseinandersetzung um bestmögliche Lösungen bei der "erhaltenden Erneuerung" sowohl unserer historischen Innenstadt wie darüber hinaus auch des Charakters und Gesichtes unserer Gesamtstadt mit ihrem teils recht ausgeprägtem Nebeneinander von neuem Modernen und historisch Gewachsenen, eingebettet in eine ebenso vielfältige wie reizvolle Kulturlandschaft.

Meine Erfahrung geht dahin, dass in Städten, die wir alle als besonders schön empfinden wie z.B. Bamberg, Freiburg, München oder auch das ferne San Francisco gerade auch deshalb besonders schön und besonders schön geblieben sind, weil dort über ästhetische Fragen, über die Wahrung des Stadtbildes und der Stadtqualität ebenso so viel wie kompetent und leidenschaftlich diskutiert und gerungen wird.

Eine solche fruchtbare Streitkultur um die jeweils beste Lösung kann unserem Erlangen auch in Zukunft nur nutzen. Beispiele aus der Vergangenheit, wie das der Orangerie, sollten dazu ermutigen.

Gerechtigkeit durch Bildung

Angesichts der enormen Herausforderungen, die Globalisierung, weltweite Migration und demographischer Wandel am Beginn des 21. Jahrhunderts mit sich bringen, sind wir gefordert, uns neu darauf zu verständigen, wie unsere Gesellschaft verfasst sein soll. Es ist die Sozialdemokratie, die die Antworten auf die zentralen politischen Fragen des neuen Jahrhunderts formulieren muss, damit unser Weg in die Wissensgesellschaft ein gerechter Weg ist.

Die gesellschaftlichen Umbrüche, die wir derzeit erfahren, stellen auch völlig neue Anforderungen an das Lernen und an unser Bildungssystem. Bildung ist die neue soziale Frage. Wissen ist zur entscheidenden Quelle für Wachstum und Wohlstand geworden, Bildung ist das humane und soziale Kapital unserer westlichen Demokratien. Der Rohstoff „Wissen“ veranlasst uns als ein an physischen Rohstoffen armes Land dazu, mehr in die Köpfe zu investieren. Wir werden in Zukunft noch stärker dafür zu sorgen haben, dass Bildung und Forschung vorrangige Handlungsfelder sind.

Deutschland muss im Bildungsbereich wieder an der internationalen Spitze stehen. Dazu bedarf es eines neuen

Verständnisses dessen, was Bildung ist:

- Bildung vermittelt das notwendige Orientierungswissen in einer komplizierter werdenden Welt. Dies schließt ausdrücklich die Vermittlung von Werten mit ein.
- Bildung umfasst den zielorientierten strategischen Umgang mit vorhandenem Wissen und dessen Auswertung (Nutzung) für neue Problemlösungen.
- Bildung verknüpft Wissen mit Erfahrungen, um Fähigkeiten und Fertigkeiten zu trainieren und weiterzugeben.
- Bildung ist letztlich ein Prozess individueller Persönlichkeitsentwicklung und -entfaltung, der in einer Wechselbeziehung mit dem gesellschaftlichen Umfeld stattfindet. Dieser Prozess gelingt um so eher und nachhaltiger, wenn er durch ein gesellschaftlich organisiertes Netzwerk strukturiert und unterstützt wird.

Hochschule

Ziel eines Studiums ist schon jetzt nicht mehr, alle Studierenden zu forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu qualifizieren, sondern

jungen Menschen eine wissenschaftlich fundierte Berufsbefähigung zu vermitteln. Eine solche Qualifikation wird in der sich entwickelnden Wissensgesellschaft in immer mehr beruflichen Tätigkeitsfeldern gefordert. Die weitere Qualifizierung zur aktiven Forscherin oder zum aktiven Forscher erfolgt dann über ergänzende Studienangebote. Auf solche differenzierten Qualifikationsziele hin ist ein gestuftes Studiengangssystem mit Bachelor- und Masterabschlüssen angelegt. Dies gelingt um so überzeugender dann, wenn eine Kompatibilität der Studiengänge und -abschlüsse auf der Ebene der EU-Staaten erreicht wird.

Der Anteil der Studierfähigen und Studierwilligen ist auf mindestens 40 Prozent eines Jahrgangs zu erhöhen. Dies setzt eine größere Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen voraus und erfordert den Abbau sozialer Barrieren im Bildungssystem. Dazu gehört auch die Gebührenfreiheit bis hin zu einem ersten berufsqualifizierenden Studienabschluss sowie für ein Studium in einem konsekutiven Studiengang, der zu einem weiteren berufsqualifizierenden Abschluss führt. Das Modell individueller Studienkonten greift dieses Prinzip auf und bietet zugleich einen Anreiz zur Nutzung von Weiterbildung, also den Einstieg in ein lebenslanges Lernen.

Kontakt

Kreisverband:

Vorsitzender: Robert Thaler

Tel.: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten:

| | |
|------------|-------------------------------------|
| Montag | 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr |
| Dienstag | 9:00 bis 12:30 Uhr |
| Mittwoch | 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr |
| Donnerstag | 9:00 bis 12:30 Uhr |
| Freitag | 9:00 bis 12:30 Uhr |

Ansprechpartnerin:
Karin Franke - Geschäftsführung

Fraktion:

Vorsitzende: Gisela Niclas

Tel.: 09131-862225
Fax: 09131-862181
E-Mail: SPD@erlangen.de
Internet: www.erlangen.de

Bürozeiten:

Montag bis Donnerstag 10 - 12.00 Uhr

Ansprechpartner:
Christian Pech